

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum **15 Pfg.**, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 252.

Dienstag, den 28. Oktober 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 25. Oktober 1902.

Aus dem Reichstag. Die Zollmehrheit muß zu der Loyalität der Linken das größtmögliche Vertrauen haben. Wie wäre es sonst zu erklären, daß von den Fraktionen der Rechten, vom Zentrum und von den Nationalliberalen noch kein halbes Hundert zur Stelle war? Daß wollen wir vorläufig denn doch nicht annehmen, daß die Mehrheit es sich darum zur Zeit so bequem macht, weil sie die Vorschläge des Herrn Schweinburg aus Mähren sich zu eigen zu machen entschlossen ist und unter Zuhilfenahme irgend einer schönen Spätherbstnacht die Geschäftsordnung nach ihren Wünschen zu modellieren gedenkt. Solches Verfahren würde einmal — und das ist der Hauptgrund, weshalb es unterbleiben wird — mit Schimpf und Schande scheitern und zum zweiten — der Grund wird für die Herren allerdings weniger ins Gewicht fallen — würde es eine schlechte Belohnung für die loyale Haltung sein, die die Linke bei der ganzen Verhandlung, namentlich aber am heutigen Tage, eingenommen hat. Mit der größten Leichtigkeit hätte die Linke heute jede Verhandlung hindern können. Sie hat es nicht gethan; sie hat ernst und sachlich die Beratung fortgesetzt.

Die Frage der Rindviehzölle, um die es sich heute handelte, steht im engsten Zusammenhange mit der Fleischtheuerung — mit der „sogenannten Fleischnoth“, wie sich der Zentrumssagrarier Herold in seinem ermüdend langen Referat über die Kommissionsverhandlungen ausdrücken nicht entblödete. Unnötig zu sagen, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder in lieblich terrassenförmiger Steigerung die Regierungsvorschläge über die jetzigen Sätze, die Kommissionsbeschlüsse über die Regierungssätze und die Wangenheimaden über die Kommissionsvorschläge sich erheben.

Die Ehre des heutigen Tages gebührt unzweifelhaft unserem Genossen Bebel. Ueber drei Stunden sprach unser Fraktionsredner; aber er verstand es, vom ersten bis zum letzten Worte seine Zuhörer zu fesseln. Wirkungsvoll setzte die Rede mit einem glänzenden Exposé über die augenblickliche parlamentarisch-politische Lage ein. Mit Recht erklärte Bebel, daß in jedem wirklich konstitutionellen Staate die einzig mögliche Antwort auf die Annahme der Kommissionsätze gewesen sei: entweder Auflösung des Reichstags oder Rücktritt des Reichskanzlers. Wozu die menschenquälerei Fortsetzung der Tarifberatung, wenn beide Theile — Regierung und Mehrheit — wirklich ihr letztes Wort gesprochen haben? Doch thue die Mehrheit, was ihr beliebt: die Linke wird loyal und sachlich sich an der Beratung betheiligen, sie wird nur dafür sorgen, daß Durchpeitschungsversuche unterbleiben und in namentlichen Abstimmungen die Stellung der einzelnen Abgeordneten zu den entscheidenden Positionen vor dem Volke dokumentirt wird; einzig und allein gegen etwaige Vergewaltigungen wird sie jene Waffe, die man Obstruktion nennt, gebrauchen. Darauf wandte sich Bebel zur Sache selbst. Die Fälle des Materials, das er vorbrachte, war ebenso bewundernswürdig, wie die Art, wie er es vorbrachte. Die Werttheuerung des Fleisches, wie sie schon durch das seinen ursprünglichen veterinärpolitischen Absichten völlig entzweimende Fleischbeschaugesetz und durch das System der Grenzsperr bewirkt wird, muß bei der Annahme der Regierungsvorschläge und nur gar der Kommissionsvorschläge die furchtbarsten Dimensionen annehmen. Zahlreiche Mittelstandsbesitzungen werden ins Proletariat, in das „Gesinde“, wie Herr v. Kardorff sich so schön ausgedrückt hat, herabgeschleudert werden. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wird aufs Neue gekent, die kleinen Beamten werden aufs schwerste betroffen werden; und das alles wieder nur zu Gunsten einer Handvoll Latifundarier; allenfalls noch von ein paar Tausend Großbauern; die Mittelbauern haben so gut wie keinen, die Kleinbauern gar keinen Nutzen von der Zoll-erhöhung; die Parzellenbesitzer — von den ländlichen Tagelöhnern ganz zu schweigen — aber nur Schaden. Mit den Worten, die einst Saragossas tapferer Verteidiger, Palafox, den Marischallen Napoleons entgegenzuschleuderte: „Krieg bis auf Messer“ schloß Bebel seine Anklagerede, die einen wahren Beifallssturm auf den Bänken unserer Fraktion — und nicht allein dort — entzettelte.

Ueber die Erwiderungen, die der stillblätternreiche Erzherzog und Minister v. Podbielski, sowie ein paar einzelstaatliche Vertreter stammelten, ist nicht viel zu sagen. Graf Kanitz, der während Bebel's Rede mehrfach durch Zurufe seinem geprehten Herzen Luft gemacht hatte, kam für heute nicht zum Worte; statt seiner sprach ein Herr von der Nachbarfraktion, ein Agrarier wie er, aber ein bürgerlicher: der Reichsparteiler Gamp, dessen wohlgenährte, framme Gestalt und schon gerundetes Bäuchlein sich wie eine Satire auf die „Noth der Landwirtschaft“ ausnehmen. Herr Gamp will wahrgenommen haben, daß sich Dr. Barth unserem Genossen Singer an den Hals geworfen habe; die beiden Betheiligten, die es doch eigentlich am besten wissen müßten, hörten mit Staunen von der zärtlichen Reue, die — nach Herrn Gamp — zwischen ihnen besteht. Indessen: Herr Gamp versteht sich auf verdeckte Reue, respektive: er weiß zärtliche Reue, die er hegt, zu verdecken. Allerdings doch nicht so, daß sie ein ganz klein wenig zum Vorschein kommen. Seine Reue

gilt dem Grafen Bülow. Der hat es ihm angethan. Aber: Hero und Leander trennte der Hellepont, Bülow und Gamp trennen 50 Pfennige. Ist diese Kluft denn wirklich nicht zu überbrücken? Wirft sich kein kühner Schwimmer in den Meeresarm, der zwei treue Liebende scheidet? Gewiß

Der Väter feindlich Zürnen  
Trennt das verbundene Paar  
Und die süße Frucht der Liebe  
Hängt am Abgrund der Gefahr;  
das Prinzip erlaubt es nicht. Der Bund der Landwirthe auch nicht. Aber Leander kam schließlich doch zur Hero. Und auch Gamp wird zu Bülow kommen — wenn ihn nicht der Hellepont der Wahlen vorher verschlingt.  
Am Montag um 1 Uhr soll weiter verhandelt werden.

23. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky, v. Podbielski.

Die zweite Beratung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt.

Zur Beratung steht zunächst der von der Kommission in das Tarifgesetz eingestellte Mindestzoll für Rindvieh in Verbindung mit der betr. Position (102) des Zolltarifs.

Nach dem Kommissionsbeschlusse soll der Minimalzoll für Rindvieh 14,40 pro Doppelzentner betragen. Die Regierungsvorlage enthielt keinen Minimalzoll für Rindvieh.

Die Abgg. Frhr. v. Wangenheim, Rösicke-Kaiserlautern (B. d. L.) und Dr. Gahn (B. d. L.) beantragen für Rindvieh einen Minimalzoll v. 18 Mark pro Doppelzentner. Nach dem Generaltarif der Regierungsvorlage waren für Rindvieh folgende Zollsätze vorgezogen:

Bullen (Stiere) und Kühe 25 Mk. pro Stück (bisher 9 Mark).

Anmerkung: Nach näherer Bestimmung des Bundesraths dürfen Bullen von Hohenvieh, welche zu Zuchtzwecken vom Staate oder mit staatlicher Genehmigung eingeführt werden, zum Zollsaße von 9 Mk. pro Stück abgelassen werden.

Bisher bestand diese Vergünstigung nicht.

Jungvieh 15 Mk. pro Stück (bisher Jungvieh im Alter bis zu 2 1/2 Jahr 6 Mk., Vertragsstaaten 5 Mk.)

Kälber 4 Mk. pro Stück (bisher Kälber unter 6 Wochen 3 Mark).

Ochsen 12 Mk. pro Doppelzentner (bisher 20 Mk., für Vertragsstaaten 25,50 Mk.)

In einer Anmerkung für die ganze Position heißt es: Für Bewohner des Grenzbezirks dürfen während der ersten sechs Jahre der Geltung dieses Tarifs nach näherer Bestimmung des Bundesraths Zugochsen im Alter von 2 1/2 bis 5 Jahren zum Zollsaße von 30 Mk. per Stück eingelassen werden, sofern sie zum eigenen Wirtschaftsbetriebe nachweislich notwendig sind.

Der Zollsaße dieser vertragmäßig gebundenen Vergünstigung betrug bisher 20 Mark pro Stück.

Die Kommission hat im Generaltarif für Rindvieh unterchiedslos einen Zollsaße von 18 Mk. pro Doppelzentner lebendgewicht beschlossen.

Die Anmerkungen hat die Kommission unverändert gelassen, nur die zeitliche Begrenzung der Vergünstigung für die Grenzdistrikte gestrichen.

Gegenüber diesen Positionen des Generaltarifs bedeuten die von der Kommission beschlossenen Minimalzölle eine Ermäßigung von 20 Proz.

Referent über die Kommissionsverhandlungen ist der Abgeordnete Herold (Z.). Er erwähnt unter anderem, daß die Kommission in der zweiten Lesung auch die „sogenannte Fleischnoth“ besprochen habe.

Bebel (SD.): Die Kommission hat über diese wichtige Tarifposition entgegen dem Verlangen ihrer Minorität keinen schriftlichen Bericht erstattet, sondern ihr Bericht erstatter hat die mehrtägigen Kommissionsverhandlungen in einem knapp halbstündigen mündlichen Bericht abgethan. (Zuruf rechts.) Sie (nach rechts) wünschen wahrscheinlich, daß überhaupt über diese Position gar nicht verhandelt, sondern gleich zur Abstimmung geschritten werde. (Unruhe rechts.) Wir aber haben ein Interesse daran, daß diese wichtigen Gegenstände im Plenum möglichst gründlich und ausführlich besprochen werden und das Volk erzähret, was es von einer Annahme der Kommissionsbeschlüsse zu erwarten hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Regierung hat die von der Kommission bei dieser Position eingefügten Mindestzölle — ebenso wie die erhöhten Kommissions-Mindestsätze bei Getreide — als in jedem Stadium der Verhandlungen unannehmbar bezeichnet. Die Antwort des Reichstages darauf war die Annahme dieser Kommissionsbeschlüsse, also eine klare und nette Abgabe an die verbündeten Regierungen. Wenn wir nun in einem konstitutionellen Staate lebten, so hätte der Reichskanzler sofort zum Kaiser gehen, die Auflösung des Reichstages beantragen und, wenn man von jener Seite darauf nicht eingehen wollte, dem Kaiser sein Mandat vor die Füße legen müssen. (Sehr richtig! links.) Von der einzig korrekten Maßnahme hat der Reichskanzler und die Regierung aus unbekanntem Gründen abgesehen. Dabei befinden wir uns jetzt in der eigenthümlichen Lage, wieder über Mindestzölle verhandeln zu müssen, die die Reichstagsmehrheit annehmen, denen aber die Regierung nach ihren Erklärungen auf keinen Fall zustimmen wird. Man muß doch annehmen, daß die Reichstagsmajorität, die doch aus Män-

nern besteht (Nach links), ebenfalls in allen Stadien der Beratung an ihren wohlmerogenen Beschließen festhalten wird. Da ist es doch die reine Menschenquälerei für Redner und Zuhörer (Reiterkeit), wenn die Beratungen trotzdem fortgesetzt werden. Wir treiben keine Obstruktion. (Hört! hört! rechts.) Wir halten uns streng an die Geschäftsordnung. Wir verlangen nur, daß über jede Tarifposition gründlich verhandelt und daß in namentlichen Abstimmungen die Stellung jedes einzelnen Abgeordneten zu diesen Positionen festgestellt werde. (Unruhe rechts und im Zentrum.) Das ist ein so loyales Verhalten, wie es überhaupt nur denkbar ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Obstruktion könnte nur in Frage kommen, wenn die Rechte Mandat wiederholte wie vor einigen Tagen, wo nach den schärfsten Provokationen der Linken unserem Redner durch einen Schlußantrag das Wort abgeschnitten wurde. In solchen Fällen werden wir allerdings nicht vor Maßnahmen zurückschrecken, die Sie vielleicht Obstruktion nennen, die aber weiter nichts sind als ein Akt der Nothwehr. Was nun die zur Beratung stehende Position anlangt, so werden wir gegen die Regierungsvorlage und gegen die Kommissionsfassung stimmen, da wir in beiden die Begünstigung agrarischer Klasseninteressen sehen. Wir können nicht anerkennen, daß die Landwirtschaft im Allgemeinen Noth leidet. Zugegeben werden muß natürlich, daß es unter den achtzehndreiviertel Millionen Menschen, die nach der Volkszählung von 1895 zur Landwirtschaft gehören, weite Kreise giebt, die als nothleidend bezeichnet werden müssen. Das trifft aber ebenso für die Arbeiterklasse und für den gesammten Mittelstand zu. Die Landwirtschaft hat aber schon das voraus, daß ihre Angehörigen auch bei der größten Noth wenigstens sich satt essen können, während das, besonders in der heutigen Zeit der Krisis, sehr vielen Arbeitern unmöglich ist. Weiter muß aber konstatiert werden, daß in den letzten Jahrzehnten eine erhebliche Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse eingetreten ist, das beweist die Steigerung der ländlichen Grund- und Bodenpreise in einzelnen Gegenden, die Abnahme der Zwangsverkäufe und die Steigerung der Steuerkraft der Landwirtschaft. Auch sind die Preise für viele ländliche Produkte wie Fleisch, Butter, Milch erheblich gestiegen. Das etwa vorhandene Sinken in den Preisen der Halbmilch wird durch die Steigerung des Bodenpreises, die theoreti- sch und unbegrenzt ist, wieder ausgeglichen. Dazu gehört natürlich, daß der Besitzer die nötigen Mittel hat, um alle technischen Verbesserungen anwenden zu können, und daß der Boden, die Anbaufläche nicht zu klein ist. Mit ungenügenden Produktionsmitteln kann Niemand etwas leisten. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Schließlich wird auch das Großkapital ein großes Interesse an der kapitalistischen Ausbeutung der Landwirtschaft gewinnen. Natürlich gehört zum Betriebe der Landwirtschaft, eines der inter- essantesten aber auch der schwierigsten Gewerbe, große Vorbildung und Sachkenntnis. Wie viel aber fehlt da noch! Redner verweist dann auf eine Broschüre, die den jährlichen Ertragsverlust der bayerischen Landwirtschaft durch Verunkrautung der Felder auf 20 Proz. berechnet. (Hört! hört! h. d. Soz.) Wie viel könnte da durch ge- nügsameren Zusammenfluß gewonnen werden! Aber Sie (nach rechts) zählen ja das alles zu den kleinen Mitteln. Sie sind jetzt nicht mehr Stiefkind, nein das Vieh- lingskind, ja das verzogene Lieblingskind des Staates! (Abg. Graf Kanitz: Die Großindustrie ist das Lieblings- kind!) Welche Subventionen erhält sie denn? (Abg. Graf Kanitz: Die Handelsverträge!) Wir hätten nichts dagegen, wenn bei den Handelsverträgen größere Konzessionen auf dem Gebiet der Industriezölle gemacht würden. Ent- sprechende Anträge würden wir unterstützen. Es läßt sich aber gar nicht bestreiten, daß die Landwirtschaft Jahr um Jahr ungezählte Millionen vom dem Staate erhält. — Von einem Rückgang der Landwirtschaft kann gar nicht gesprochen werden. Wäre er vorhanden, so würden immer weniger Leute auf Landerwerb verlassen sein. Die Statistik aber beweist das Gegentheil. Von 1882 bis 1895 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betrieben in allen Größenklassen vermehrt. Die Zunahme des Viehbestandes, soweit Rindvieh und Schweine in Betracht kommen, ist eine ganz gewaltige, nur die Zahl der Schafe ist zurückgegangen. Die Entwicklung wäre eine noch viel günstigere, wenn nicht jetzt schon die Futtermittel durch die beschleunigte Fülle ungebührlich vertheuert würden. Woher hat denn Dänemark diese wunderbare und so weit über- legene Viehzucht, weil die Dänen nicht so thöricht sind wie wir und Futtermittel bei sich frei einlassen. Trotz des mächtigen Anwachsens der deutschen Viehproduktion sind die Preise ganz erheblich gestiegen. Seit dem Jahre 1851 hat sich der Preis für das Pfund Rind- fleisch geradezu verdoppelt. Bis zum Jahre 1890 geben nach dieser Richtung die Motive der Rege- rungsvorlage Ausschluß. Ich weiß wirklich nicht, wo Sie den Muth hernehmen, neue Zollerhöhungen zu fordern. Wenn diese ganze Entwicklung etwas beweist, wenn diese Zahlen etwas darthun, so ist es dies, daß die beschleunigte Fülle herabgesetzt werden können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Trotz der gesteigerten Viehhaltung an Rindvieh und Schweinen ist die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht im Stande, den gesteigerten Viehbedarf zu decken. Im Jahre 1873 betrug auf 100 Einwohner der Bestand an Rindvieh 38,1 Stück, 1900 33,7 Stück. Obgleich der Rind- viehbestand in diesen 27 Jahren gestiegen ist, entspricht diese Steigerung nicht der Zunahme der Bevölkerung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Schweinebestand betrug auf 100 Einwohner 1873 17,4, 1900 29,6 Schweine. Das bedeutet freilich eine sehr bedeutende Steigerung des

Schweinebestandes über die Zunahme der Bevölkerungs- zahl hinaus. Bei Schafen zeigt sich aber wieder ein be- deutender Rückgang: 1873 kamen auf 100 Einwohner 60,9 Schafe, 1900 nur 17,2 Schafe. Wenn man nun alle diese verschiedenen Vieharten, um eine Gesamtziffer zu haben, in Großvieh umrechnet, so ergibt sich ein Bestand an Großvieh auf 100 Einwohner für 1873 von 48,8 Stück, für 1900 von 22,8 Stück. Es ist also trotz aller Steigerung der Stückzahl des Viehs der Viehbestand im Verhältnis zur Bevölkerung von 1873 bis 1900 um 12,5 Pro- zent gesunken. (Hört, hört! bei den Soz.) Nun ist aller- dings das Stückgewicht der Schweine von 1883—1892 um 38,9 Proz. gewachsen, das Gewicht des Rindviehs um 18,3 Proz. Ich gebe zu, daß diese Gewichtszunahme den Fehl- betrag an der Stückzahl wieder ausgleicht und sogar noch etwas mehr. Trotzdem stimmt die Rechnung nicht zu Gunsten der Landwirtschaft. Zunächst wird allgemein mit Recht über die Verschlechterung der Qualität des Schlachtviehs, besonders des Schweinefleisches, geklagt. Die Schnellmast greift bei unseren Landwirthen in unvorzei- hlicher Weise um sich. Weiterhin aber kommen wichtige Verschlechterungen in der Struktur unserer Gesellschaft in Betracht. Die Bevölkerungszunahme der Jahre 1882 bis 1895 um 6,5 Millionen ist ausschließlich der städtischen Be- völkerung zu gute gekommen. Außerdem wird der städtischen Bevölkerung noch weitere 7,5 Millionen aus der landwirth- schaftlichen Bevölkerung zugeführt. Der bedeutendste Theil der Fleischkonsumtion aber liegt in der städtischen, der industriellen Bevölkerung. Jede Steigerung der industriellen Bevölkerung im Verhältnis zur gesammten Volkszahl be- deutet eine Vermehrung des Fleischbedarfs. Die Land- wirthschaft hat also mehr Interesse als irgend ein anderer Beruf an der Zunahme der städtischen Bevölkerung. Dazu kommt die gesteigerte Zahl der Rentner, der Beamten, der Angehörigen von Armee und Marine, die alle zahlungs- fähige Konsumenten landwirthschaftlicher Produkte sind. Auch hat die Erhöhung der Lebenshaltung in der Gesamt- bevölkerung zur Preissteigerung von Fleisch, Butter usw. beigetragen. Somit stehen der Landwirtschaft riesige Vortheile zu, ohne daß sie einen Finger zu rühren braucht. Sie (nach rechts) sehen das aber alles nicht ein; sonst müßten Sie ja schreien. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Weiterhin kommt in Betracht die Verminderung der Ein- fuhr an Vieh und Fleisch. 1891 wurden 372.000 Stück Rindvieh eingeführt; 1900 nur 207.000; 1891 710.000 Schweine, 1895 285.000 (hört, hört! b. d. Soziald.), 1900 nur noch 64.000 Schweine. Das ist nach unserer Meinung ein nationales Unglück; die Agrarier nennen es ein nationales Glück. Das ist ja das Wunderbare: alles, was der großen Mehrheit des Volkes schadet, nützt einer kleinen Minderheit. Die Mehrzahl an Vieh in der genannten Periode befi- dete weitaus die Minderzahl an Rindvieh und Schweinen, zumal ein sehr beträchtlicher Theil des Lebensviehs nicht Schlacht- sondern Zugvieh ist. Auch das Fleischbeschaue- gesetz hat in hohem Grade zu Ihren Gunsten (nach rechts) gewirkt. Glauben Sie doch nicht, noch im deutschen Reich einen Gumpel zu finden, der da glaubt, daß bei dem Ein- fuhrverbot sanitäre Gründe maßgebend gewesen sind. Wir glauben es Ihnen nicht, kein Mensch glaubt es Ihnen; Sie selbst glauben es auch nicht. (Sehr richtig; b. d. Soziald.) Das Verbot der Wurmfuhr hat gerade die ärmeren Schichten der Arbeiterbevölkerung und des kleinen Beamtenstandes getroffen: das am 1. April 1903 in Kraft tretende Verbot der Einfuhr von Lebern, Lungen und Herzen wird der deutschen Wurmindustrie einen geradezu tödlichen Schlag versetzen. (Sehr richtig! links.) Gerade die Antimien haben geschossen, auf diese Weise eine Menge kleiner Existenzen zu vernichten. Wäre es Ihnen (nach rechts) wirklich um die Volksgesundheit zu thun, dann hätten Sie nicht die Untersuchung bei Haus- schlachtungen weglassen lassen. Erst vor kurzem ist wiederum festgestellt worden, daß in Weidenburg eine Frau von Pleschow ihren Diensthofen zumachte, das allerdeli- katessen Fleisch zu essen. Und dann die geradezu gemein- schaftliche Bestimmung, daß auch dem Lande unterjochtes Fleisch in der Stadt nicht noch einmal untersucht werden soll! Die ländlichen Thierärzte sind Ihre Werkzeuge und stellen oftmals Akteure wider die eigene Ueberzeugung aus. Ich muß jagen: mit einer solchen Rücksichts- losigkeit und Majestätlichkeit, wie die Agrar- rier, nim mir keine andere Klasse ihre Inter- essen wahr. (Unruhe rechts.) Das Fleischbeschaugesetz hat eine vollständige Unterbindung der Lebens- mittelzufuhr zur Folge gehabt. Eine weitere Wir- kung in dieser Richtung hat die Grenzperre ausgeübt. Daß Grenzperre sowohl wie Zölle den Zweck verfolgen, das Fleisch zu vertheuern, ist jetzt ja von Ihnen (nach rechts) zugehanden worden, während sie sich früher mit uns Jahrzehnte hindurch über die Frage herumgeritten haben, wer den Zoll denn eigentlich trägt. Früher behaupteten Sie ja immer, das Ausland trüge ihn. Die große Steigerung des Grenzverkehrs beweist, ein wie großes Bedürfnis nach billigem Fleisch besteht. Sie wollen ja auch den Grenzverkehr erschweren; wir aber werden beantragen, ihn in dem bisherigen Umfang bestehen zu lassen. Von einer Schädigung der Grenzbevölkerung hat übrigens nach Niemand etwas gehört; damit wird Ihre Behauptung, da drüben sei alles vertheuert, widerlegt. (Sehr richtig! bei d. Soz.) In der Kommission ist regierungstheilig darauf hingewiesen worden, daß in allen Ländern die Fleisch- preise gestiegen seien. Das müß ich nicht bestritten; ich leide aber daraus den Schluß ab, daß die Konkurrenz des Auslandes, das selbst hohe Fleischpreise hat, denn doch nicht so gefährlich sein kann. Wir haben aber noch höhere Fleischpreise als das Ausland. Ueber die Frage der Diffe- renz zwischen unseren und den ausländischen Fleischpreisen hat sich auch der Staatssekretär v. Pöbelski geäußert. (Zurufe: Er ist Minister.) Nun, es ist doch noch keine Be- leidigung, wenn man einen Menschen Staatssekretär nennt. (Gr. Heiterkeit.) Bei Herrn v. Pöbelski stehen Ministerstellung und agrarisches Herz in Widerspruch mit- einander. Wenn er könnte, wie er wollte, so hätte er Ihre (nach rechts) Minimalzölle längst akzeptirt. (Heiterkeit.) Aber er ist nun ein Mitglied einer von Gott eingesetzten Regierung. (Heiterkeit bei den Soz.), die für alle Klassen der Bevölkerung gleichmäßig sorgen soll oder doch so thun muß. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Seine Mitthei- lungen in der Kommission waren nun sehr interessant; es ging aus ihnen hervor, daß die russische Regierung in logischer Weise die Untersuchung der ausgeführten Schweine gebührend hat und daß in der That auch seit 1898 keine unangenehme Seuchengefährdung bei einem ausgeführten russischen Schwan erfolgt ist. (Hört! hört! bei den Soz.) Warum löst man denn nun noch dieser Sachlage noch länger die Stirn? Nicht, weil veterinärpolizeiliche Gründe, sondern weil agrarische Interessen es so verlangen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es sind hohle Deklamationen, wenn man behauptet, die Demarcation der Grenzen bringe dem deutschen Viehstand Noth und Gefahr. Wir wollen die Demarcation Grenze, aber auch die Kontrolle des eingeführten Viehs — natürlich eine lokale Kontrolle und keine allgemeine. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Daß es nur agrarische Gründe sind, die für die Grenz- perre maßgebend gewesen sind, hat der bayerische Minister

von Crailsheim verrathen. Er hat offen erklärt: die Grenzen dürfen nicht geöffnet und die feuchtpolizeilichen Maßnahmen nicht gemildert werden, weil die österreichi- schen Landwirthe bei ihren billigeren Arbeitslöhnen und ihren billigen Futtermitteln das Fleisch billiger produ- ziren können, als die deutschen. (Hört, hört! links.) Da- mit sind die schönen sanitären Gründe, die Sie anführen, wie ein Kartenhaus umgeblasen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die österreichischen Minister sich diese Erklärung merken und bei künftigen Handelsverträgen danach handeln, so thun sie recht daran; ich würde, wenn ich österreichischer Minister wäre, auch so handeln. (Große Heiterkeit. Graf Kanitz ruft: Die Bayern wissen ja gar nicht Bescheid!) Das ist ja sehr nett. Also die dummen Bayern (Große Heiterkeit), die so ehr- lich sind, die Wahrheit zu sagen! Sie (nach rechts) sind so an Heuchelei gewöhnt, daß Ihnen Ehr- lichkeit als Dummheit erscheint. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die sächsische Regierung hat auf eine Petition der Dresdener antisemitischen Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß die öster- reichische Veterinärkontrolle völlig genüge. Eine größere moralische Niederlage der Grenzpolitik ist nicht möglich. (Sehr richtig! links.) — Die Einfuhr ist so gering, daß die Fleischer nach Fleisch schreien, von der Vieh nach frischem Wasser. (Heiterkeit.) Die Berliner Schlächter haben er- klärt, die Fleischpreise erhöhen zu müssen; ihre Berufs- genossen an anderen Orten sind ihrem Beispiele gefolgt. — Von agrarischer Seite hat man in der Kommission die Fleischnot als künstliche Noth bezeichnet. Man hat darauf hingewiesen, daß der Fleischmarkt in Stuttgart 10.000 Mk. für die Agitation gegen die Grenzperre bewilligt hat. Können Sie es vielleicht den Schlachtern verdenken, wenn sie sich ihrer Haut wehren und gegen Grenzperren auf- treten? Und erklären Sie die Opposition von Hunderten von Kommunen auch als Noth? Dieselben Kommunen sind freilich gegenüber der Erhöhung des Brodpreises ruhig geblieben, wie sie die Zölle im Gefolge haben werden. So lange eben nur die großen Massen getroffen werden, bleiben die Kommunen ruhig; aber wenn, wie bei der Fleischtheuerung, auch die Lebenshaltung der besser situirten Klassen bedroht wird, dann werden auch Philister und Stadträthe rebellisch. Hunderte von Städten haben rebel- lirt, darunter auch das heilige Köln. (Sehr gut! links), dessen Abgeordneter Trimborn hier für höhere Fleischzölle eintritt, während er in seiner Eigenschaft als kölnischer Stadtverordneter die Demarcation der holländischen Grenze verlangt. Das nennt man konsequent. (Sehr gut! links.) Graf Kanitz ruft: Grenzperre und Zoll sind doch zwei verschiedene Dinge. Jawohl, aber Sie wollen eben Zölle, weil die Grenzperre gegenüber der allgemeinen Opposi- tion sich nicht halten läßt. — Herr Trimborn ist es übrigens schlecht genug gegangen. Die landwirthschaftliche Beilage seiner parteigenössischen „Kölnischen Volks- zeitung“ ist über ihn hergefallen; in der Rheinischen Volksstimme“ ist nach dem Grundsatze „Hauß du meinen Juden, hauß ich deinen Juden“ über Köln der Boykott ver- hängt worden. (Hört, hört! links.) — Es giebt nun Gegenden, in denen von Fleischkonsum nicht viel die Rede sein kann, wie das sächsische Erzgebirge und das Vogtland, Gegenden, in denen 63 Proz. der Bevölkerung ein Durch- schnittseinkommen von 500 Mk. und weniger pro Jahr beziehen. — Wenn es daher eine Regierung gab, die der Vorlage nicht zustimmen dürfte, so war es die sächsische. — Bezeichnend ist der bekannte Kosener Vorfall. Herr von Pöbelski wies die Kosener Stadtverwaltung, die angefangen der Kaisertrage um provisorische Aufhebung der Grenzperre petitionirte, an die Viehzentrale. (Hört, hört! links.) Wie kommt ein Minister dazu, die Geschäfte der Viehzentrale zu betreiben? Derart wird der Anspruch des kommunikativen Manifestes bekräftigt, daß die heutigen Regierungen nichts sind als Verwaltungsausläufer der beizenden Klassen. (Sehr gut! links.) Statt im ureigen- sten Interesse den Verdacht einseitiger Interessenbegünsti- gung zu vermeiden, tritt die Regierung offen für den Ring ein, der an der Spitze des Ringes steht. (Heiterkeit.) Redner giebt noch mehrere Beispiele von dem Treiben der Viehzentrale und fährt dann fort: Und in An- geßicht einer solchen Sachlage kommen nun Regierung und Kommission mit ihren Zollerhöhungen! In fast allen Fällen ergibt sich nach der Regierungsvorlage eine Er- höhung des bisherigen Zolles um das zweifelhafte bis dreifache. Damit nicht zufrieden, beantragt die Kommission ein für allemal für Rindvieh einen Zoll von 14,40 Mark pro Doppelzentner Lebendgewicht. Sie verläßt damit den durchaus gerechtfertigten Unterschied zwischen den verschie- denen Fleischarten, wie ihn die Regierungsvorlage auf- stellt. Es ist ein Skandal, daß derartige Vor schläge über- haupt gemacht werden konnten. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Mindestzölle würden im Detailverkauf eine Erhöhung von 25—30 Pfennige pro Pfund im Gefolge haben. (Graf Kanitz legt ein dieses, aufge- schlagenes Buch vor Bebel, um ihn auf eine Tabelle auf- merksam zu machen.)

Prät. Graf Ballerstein bittet, den Redner nicht zu unterbrechen.

Bebel (fortfahrend): Ich habe also nachgewiesen, daß eine gewaltige Steigerung der Preise der notwendigen Lebensmittel die Folge dieses Zolls sein wird. Nur der frankeste Klassenegoismus konnte solche Forderungen stellen. Ich kenne keine Klasse, der derart jedes Gefühl für Mensch- lichkeit, Gerechtigkeit, Religion abgenommen ist, wie der Klasse der Agrarier. (Warm rechts.) Das Maas der Gab- gier, die sie mit diesen Forderungen beweisen, geht über das Erlaubte hinaus! (Sehr richtig! links.) Die Annahme dieser Vorlage macht das Fleisch für ungezählte Familien zu einem Luxusartikel. Das bedeutet eine schwere Schädigung des nationalen Wohlstandes, der Gesundheit, Beharrlichkeit und Konkurrenzfähigkeit der Nation. Sie treiben das gerade Gegenteil einer wahrhaft staats- erhaltenden Politik, indem Sie der breiten Masse, die die Grundlage der Pyramide bildet, deren Spitze Sie sind, die Last so schwer machen, daß sie anfangt, daran zu rütteln und Sie alle insgesammt herunterrißt. (Bravo! bei den Soz.) Bei den nächsten Wahlen werden Sie von den Ar- beitern die Quittung über Ihre Politik erhalten: der Ar- beiter wäre ja ein Selbstmörder, der für Freunde der Brod- und Fleischtheuerung stimmt. Sie behaupten, Veterinärpolitik zu treiben; aber Ihre Zollpolitik stürzt zahlreiche Existenzen in das Gefundel herab, von dem Herr v. Kardorff neulich sprach. Das Wort wird auch in der nächsten Wahltagung seine Rolle spielen! Was hilft es, daß das Zentrum eine Witwen- und Waisenversicherung in Aussicht stellt, da doch diese Vorlage geeignet ist, die Zahl der Witwen und Waisen ins Ungemeine zu steigern? Die Armenelken der Städte werden durch die Vorlage answellen, neue Gesangsweise werden nothwendig werden, die Zahl der Ehegeschiedungen wird abnehmen und damit die Unpflanzlichkeit wachsen. — Wenn die Käufer und Schlächter jetzt auf einmal in unsere Kerbe hauen, so kommt das nicht davon, weil sie auf einmal Sozialdemo- kraten geworden sind, sondern weil sie sich in ihren Lebens- interessen geschädigt fühlen. — Eine weitere Folge des Zoll- tarifs wird die Verschlechterung der Handelsverträge sein.

Ich weiß nicht, von wem der Herr Reichskanzler die Kunde hat, daß bei den Sähen der Regierungsvorlage gute Handelsverträge möglich sind; das aber weiß ich, daß die Regierungen der Nachbarstaaten nach dem Grund- satz: „Hauß du meinen Juden, so hauß ich deinen Juden“ mit erhöhten Böllen antworten werden, so daß die Handels- verträge schlechter werden müssen. Nun ist behauptet worden, daß die kleinen Grundbesitzer es seien, die den Hauptgewinn aus der Erhöhung der Viehpreise zögen. Es ist theoretisch richtig, daß die Großbauern und Großgrund- besitzer weniger Rinder und Schweine haben, als die mitt- leren Bauern und die Parzellenbesitzer. Die Frage steht aber so: wie viel Stück Vieh fallen auf den einzelnen Be- sitzer? In der Praxis verhält sich die Sache so: Der Parzellenbesitzer hat überhaupt keinen Vortheil von dem erhöhten Viehpreise, im Gegentheil, er hat noch die Last der Getreidezollerhöhung zu tragen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ebenso hat der Besitzer von 2—5 Hektar unter den Zollerhöhungen zu leiden. Auch die Industriezollerhöhungen schädigen den kleinen Landwirth sehr. Wenn man alle diese Belastungen zusammenrechnet, so wird der kleine Ge- winn aus den Viehpreisen aufgewogen. Daneben sind noch die erhöhten Zölle auf Futtermittel eine Mehrbelastung von 500 Millionen Mark jährlich für die Landwirthe. Großbauern und Latifundienbesitzer stellen mit ihren Familien 6 1/2 Millionen Köpfe dar. Ihnen gegenüber stehen 51 bis 52 Millionen Menschen, die nur Schaben und Laien bei den Zollerhöhungen zu tragen haben. — Ich begreife, daß die Herren vom Zentrum ein Interesse daran haben, um die Vorlage durchzuführen. Sie haben bei der Plattenvermehrung fierlich versprochen, unter keinen Um- ständen für eine Erhöhung der indirekten Steuern einzu- treten. Ohne eine Mehreinnahme von 200 Millionen Mark jährlich kann das Reich nicht mehr auskommen. Von direkten Steuern wollen Sie nichts wissen — und deshalb stehen Sie schließlich doch hinter der Vorlage. Wir stehen auf einem anderen Standpunkt. Wenn wir für einen solchen Tarif stimmen würden, dann verdienten wir, daß unsere Parteigenossen uns mit Ruthen aus dem Parlament peitschten. Das wäre der richtige Lohn für eine so volks- verrätherische Handlung. Sie werden begreifen, daß es für uns diesem Tarif gegenüber nichts anderes geben kann, als Kampf und wieder Kampf, Kampf bis auf's Messer, Kampf bis zur Vernichtung. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Preussischer Landwirtschaftsminister v. B o d i e s t i: Abgeordneter Bebel hat den Stand der Thierärzte schwer verächtigt, wenn er sagt, sie beschleunigen das, was die Agrarier wünschen. Zu einer Anzweiflung der Gewissen- haftigkeit besteht gar keine Ursache. Goffentlich nimmt Herr Bebel diese Verdächtigung zurück. Die ersten Aus- führungen des Vorredners waren sehr interessant, sie litten nur an dem einen Fehler, daß er immer brutto für netto nahm. (Sehr richtig! rechts.) Gewiß wird es in jedem Stande Leute geben, denen es besser geht wie den anderen. (Heiterkeit links) aber die Noth der Landwirtschaft ist nicht zu leugnen. Herr Bebel hat sich die Statistik so zu- recht gemacht, wie er sie brauchte. (Sehr richtig! rechts.) Familien mit 400 Mark Einkommen giebt es nicht. Ueber die Fleischtheuerung ist eine Enquete eingeleitet. Die Aeußerung des Herrn v. Crailsheim, die Herr Bebel an- führte, kenne weder ich noch Graf Posadowski. Ich kann nur erklären, daß wir die Grenzen lediglich aus sanitären Gründen geschlossen halten. Selbst unter den jetzigen Kauteleten ist noch viel krankes Vieh aus Rußland zu uns gekommen. Herr Bebel sagte, daß bei uns Fleischpräparate mit Vorläure verboten seien, während sie die ganze übrige Welt genießen könnte. Auch in Frankreich und der Schweiz bestehen Vorläureverbote. Bei der Besprechung über die Fleischversorgung von Posen habe ich den Abg. Ring nicht zugezogen. Er ist zufällig durch den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer telephonisch in mein Vorzimmer gerufen worden. Die preussische Politik geht gerade auf eine Förderung des Kleinbetriebes hin. Die Bebel'sche Rede war geeignet, eine Menge von Kreisen zur Erregung zu treiben. (Wachen links.) Der Schwerpunkt aller Männer (Heiterkeit) kann nur darauf hinausgehen, die Gegensätze nicht zu vertiefen, sondern sie auszugleichen. (Erneutes Gelächter links.) Ihre (zu den Soziald.) Agitation muß doch schließlich scheitern an dem Bewußtsein aller Männer, die treu zum Vaterlande stehen. (Lebh. Oho! = Rufe bei den Soz.) Ich habe Ihnen weder Vaterlandslosigkeit vor- geworfen, noch habe ich gesagt, daß sie nicht treu zum Vaterlande stehen. Ich hoffe immer noch, daß es gelingen wird, etwas zu schaffen, was für unsere nationale Arbeit den nothwendigen Schutz bildet, so sehr auch Herr Bebel an dem Zustandekommen des Zolltarifs gezweifelt hat. (Beifall rechts.)

Bayerischer Ministerialdirektor Ritter v. Geiger: Herr Bebel hat eine Aeußerung erwähnt, die Minister- präsident v. Crailsheim gethan haben soll. Die Seuchen- polizei gehört aber zum Ressort des Ministers des Innern Frhr. v. Feilich. Ob von diesem die Aeußerung gefallen ist, ist mir nicht bekannt.

Sächsl. Geh. Finanzrath Dr. R ü g e r: Ueber das Ver- halten der sächsischen Regierung in Sachen der Grenz- perre ist eine Mittheilung noch nicht an die sächsische Ver- tretung Sachsens gelangt. Der betreffende Erlass ist wohl erst in den letzten Tagen erfolgt. Ich muß mir vorbehalten, später darauf einzugehen.

G a m p (Ap.): Ich muß doch entschieden dagegen Ver- wahrung einlegen, daß diejenigen, die das Fleischbeschaue- gesetz votirt haben, in dieser Weise verdächtigt werden, als ob sie egoistischen Motiven gefolgt seien. Das ist eine irwolle und absolut unberechtigte Verdächtigung seitens des Abg. Bebel. (Gr. Unruhe links.)

Vizepräsident Büsing: Wegen dieses Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung.

G a m p (Ap.): Mir fehlt leider ein parlamentarischer Ausdruck.

Vizepräsident Büsing: Das ist kein Grund, einen unparlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen.

G a m p (Ap.): England hat seine milderen Bestim- mungen gegen die Einfuhr ausländischen Fleisches als Deutschland. Eine Demarcation der Grenzen würde eine Preisverminderung nicht herbeiführen können, denn im Ausland sind die Preise nicht niedriger als bei uns. — Herr Bebel behauptete, die Landwirtschaft habe 1000 Mill. Mark Vortheil von diesen Zöllen. Sollen denn die den 200 Großgrundbesitzern allein zu gute kommen. (Auf bei den Soz.: ergibt 2500!) Ja, wenn Sie die Besitzer mit 100 ha zu den Latifundienbesitzern rechnen, zeigt das nur, daß Sie von den Verhältnissen im Osten keine Ahnung haben. Nur heraus mit den 1000 Millionen, Herr Bebel, das müssen Sie uns noch näher erzählen. (Auf bei den Soz.: Jawohl! Heiterkeit.) — Bei einer Reichstagsauf- lösung würden die Sozialdemokraten ja vielleicht einige Geschäfte machen, aber doch nur auf Kosten der Linken. Denn das Ideal des Herrn Barth von dem Kartell der gesammten Linken haben ja die Sozialdemokraten stets höhnisch zurückgewiesen. Vielleicht erleben wir es aber noch, daß Herr Singer Herrn Barth den Bruderfuß giebt, ich würde ihn ja nicht um diesen Fuß bereiden. (Große Heiterkeit.) — Meine Freunde wünschen dringend eine

Verständigung mit der Regierung, es muß eine Mittellinie gefunden werden, aber wir können uns natürlich nicht unterwerfen; das Recht des Reichstages als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung muß anerkannt werden. (Bravo! rechts.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

**Bersönlich bemerkt**

Rebel (S.D.) zur Verichtigung, daß die von ihm erwähnte Aeußerung über die Wirkung des Fleischbeschaugesetzes nicht von dem bayerischen Minister v. Crailsheim sondern von dessen Bruder gethan worden sei.

**Nächste Sitzung:**

Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Berathung.)  
Schluß 5 1/2 Uhr.

## Politische Stunden.

### Deutschland.

Für die Reichstagswahl in Schleswig-Eckernförde wird, nachdem Abg. Jakobson sein Mandat niedergelegt hat, der „Deutschen Tagesztg.“ zufolge sicherem Benehmen nach als antilemischer Kandidat Graf Reventlow - Wulfs hagen aufgestellt werden. Graf Reventlow ist als Kandidat der Antilemisten bei der Reichstagswahl in Schaumburg-Lippe gegen den freisinnigen Abg. Demmig durchgefallen.

**Das erste Opfer!** Die offiziöse „Berliner Korrespondenz“ bringt die Meldung, daß sich Graf Posa-domosky infolge der Ueberarbeitung krank fühle. Bisher hat zwar der Vater des Zolltarifs in der zweiten Lesung der Vorlage das Wort noch nicht ergriffen, er war aber jeden Tag im Reichstage. Daraus ergibt sich, daß er sehr plötzlich krank geworden sein muß. Wahrscheinlich gerade nach dem Vortrage Billons beim Kaiser! Wir werden demnächst also mit einer Verschlimmerung dieser Krankheit zu rechnen haben. Der 12 000 Markgraf wird wohl selbst einsehen, daß seine jetzige Stellung nachgerade unhaltbar geworden ist. Das erste Opfer — und wer ist das zweite?

**Wilhelm II. als Kaiser von Europa.** Der ehemalige strupellose und blutbesleckte Ausbeuter der Stahlarbeiter der Carnegie-Werke in Nordamerika, Herr Carnegie, hat bekanntlich, nachdem er seine Milliarden ins Trockene gebracht hat, sich dem Wohlthun, der Arbeiterfreundlichkeit und der Förderung von Kunst und Wissenschaft in riesigem Maßstabe ergeben. Er gibt Millionen. Aber nicht bloß Gelder, auch gute Rathschläge giebt er. Am Mittwoch hielt er in der Saint-Andrews-Universität in seiner schottischen Heimath, die er auch bedacht hat, eine Rede, die viel Weisheit enthält. Und diese Weisheit ist so einfach, daß jeder Mann erstaunen wird, nicht schon längst selber darauf gekommen zu sein. Herr Carnegie, der in Europa sein warmes Herz für diesen alten Welttheil entdeckt hat, will ihm helfen, den Konkurrenzkampf mit Amerika zu bestehen. Das Mittel ist sehr einfach — die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa, die Abschaffung von Krieg und Zollstreit. Auch den Mann hat Herr Carnegie, der das Wort, das er leider nicht selbst vollführen kann, verrichten wird — Wilhelm II. Nur den deutschen Kaiser richtet Carnegie die Aufforderung, seinen Einfluß dahin zu verwenden, daß die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu einer politischen und industriellen Union sich zusammenschließen. Nur dann könne Europa die fremden Märkte erobern und das Eindringen Amerikas zurückweisen. Außerdem hegt Herr Carnegie die Hoffnung, eine so überlegene große Persönlichkeit, wie Kaiser Wilhelm, werde Europa von der Furcht vor dem Kriege befreien und die Herrscher Europas dahin beeinflussen, daß sie einen neuen Schritt zur Sicherung des europäischen Friedens unternehmen. Verblüffend einfach — was? Geheimnißvoll an der Geschichte ist nur, daß das „Wolff'sche Bureau“ diese Rede ernsthaft verbreitet. Es hat sogar mehr zu berichten, als die englischen Blätter. Denn in deren Berichten fehlt jeder Bezug auf Wilhelm II. Wie ist das wohl zu erklären?

**Er hat es schon satt.** In nationalliberalen Kreisen des Wahlkreises Bayreuth wird, wie man der „Leipziger Volksztg.“ schreibt, behauptet, daß der neugewählte Abgeordnete Professor Hagen des nur mühsam errungenen Mandates bereits müde sei und nicht mehr mitthun wolle. Es wird noch erinnert sein, unter weichen großen Geburtschmerzen die Wahl des Herrn Hagen jüngst zu stande kam. Seine Kandidatur war ein Verlegenheitsprodukt und hatte den Zweck, die agrarischen Stimmen für den Liberalismus einzufangen, da Herr Hagen stark agrarisch angehaucht ist. In der Stichwahl wurde er dann auch mit Ach und Krach gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Hugel gewählt. Er hat aber anscheinend die Geschichte bald satt bekommen. Als sein Nachfolger wird bereits Herr Burkart Stein-gräber, Mitinhaber der bekannten Pianoforte-Firma Steingraber u. Söhne in Bayreuth, genannt. Aber auch er wird dem leidenschaftlichen Liberalismus im Wahlkreise Bayreuth nicht wieder auf die Beine helfen. Der Kreis ist unrettbar der Sozialdemokratie verfallen.

**Wahlbeeinträchtigung.** Die Strafkammer in Bayreuth verurtheilte den Ortsbesitzer Vochner-Bobbenleithe, der in der Forchheimer Reichstagswahl einen Jagelöhner gegen Bezahlung eines Liters Bier bestimmte, zu einem Monat Gefängniß.

**Zum neuen Parade-Gewehrgriff,** der künftig beim Parademarsch zur Anwendung kommen soll, schreibt dem „Vorwärts“ ein militärischer Mitarbeiter, daß dieser Griff sich nicht recht vertragen mit der Einleitung des Exerzierreglement, wonach alle Uebungen auf den Krieg berechnet sein sollen, während der neue Griff im Felde schwerlich anwendbar sein werde. Die Neuerung erweise aber auch die Möglichkeit einer weiteren Herabsetzung der aktiven Dienstzeit. Bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei betont worden, daß die Reduzierung der aktiven Dienstzeit der Fußtruppen nur deswegen möglich wäre, weil nunmehr ein neues Reglement vorhanden sei und damit allerlei zeitraubende Uebungen, z. B. das Anpassen des Gewehres, wegfielen. Da aber jetzt ein neuer, dem Anpassen ähnlicher Gewehrgriff angeordnet werde, und dieser Griff für den Krieg völlig überflüssig sei, so sei damit durch das preussische Kriegsministerium selbst der Beweis erbracht, daß die kriegsmäßige Ausbildung eine zweijährige Dienstzeit nicht erfordere. Und zwar scheine der Ueberfluß an Zeit ein sehr großer zu sein, denn das Einpassen eines Griffes sei in der deutschen

Armee keine Kleinigkeit. Uebrigens wird der neue Griff auch die vermehrte Einziehung der Reservisten und Landwehrmänner zu militärischen Uebungen bedingen. Denn ohne die Kenntniß des Griffes sind die Leute doch nicht als ausgebildet zu betrachten.

**Kleine politische Nachrichten.** Immer geringer wird die Frequenz im Reichstag. Dienstag wurden 350 Abgeordnete gezählt, Donnerstag etwa 320, Freitag 288, am Sonnabend etwa 80. — Der Zentrumsabgeordnete Pfarrer Langer, von dem vor kurzem mitgetheilt wurde, daß er in einen Orden eingetret sei und daher seine Mandate niedergelegt habe, gehört thatsächlich noch dem Reichstage an. Er hat an den letzten namentlichen Abstimmungen zwar nicht theilgenommen, ist aber in der Liste der beurlaubten Abgeordneten aufgeführt. — Der Geheim-Agitator gegen die „elende Flottenpolitik“, von dem Dr. Heim im Reichstag indiskreterweise sprach, war, wie unser Münchener Partei-Organ feststellt, derselbe Patriot, der das Wort von der „gräßlichen Flotte“ gesprochen — Diederich Hahn, Direktor des Bundes der Landwirthe! — Ueber neue preussische Liebenswürdigkeiten gegenüber Rußland meldet man dem „Bericht. Tabl.“ aus Moskau: „Auf der Pfefferstraße wurde ein Mann aus Rußland auf Anzeige eines russischen Gendarmen, der ihm nachfolgte, durch den Gendarmen Moskoff aus Jwanow verhaftet und sofort auf der Myslomis-Moderzejower Verbindungsbrücke den Russen übergeben. Was der Mann verbrochen hat, konnte man nicht erfahren.“ Es bleibt also, trotz aller öffentlichen Proteste, bei der alten Praxis. — Portier und Penel, frühere Inhaber der Rheinischen Bankkommandite Portier, Penel u. Co. in Ruhrort wurden vom Schwurgericht in Duisburg wegen Vergehens gegen die Konkursordnung und das Depotgesetz zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt. Sieben Monate wurden hieron auf die Untersuchungshaft angerechnet. — Die Strafkammer zu Bonn setzte in dem Prozeß gegen den praktischen Arzt Dr. Schulze und den Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“ Wölfe wegen Verleumdung von Beamten der stölnischen Gefängnisverwaltung in neuer Verhandlung die seiner Zeit auf 300 Mark bezw. 150 Mark bemessene Geldstrafe auf 100 Mark für jeden der Angeklagten herab. — Der französische Finanzminister Rouvier brachte in der Kammer einen Gesetzesentwurf ein betr. die Ratifikation der Brüsseler Zuckerkonvention; er wurde der Budgetkommission überwiesen. — Die Kundgebungen bei Schließung der Ordensschulen in St. Meen und Blougouvelin fanden am Freitag ihr gerichtliches Nachspiel in West. Das Jugendpolizeigericht verurtheilte den Abbe Salaun wegen Gewaltthätigkeiten gegen die Regierungskommissare zu 4 Monaten Gefängniß und mehrere Frauen zu 3 Monaten Gefängniß. — Das russische Finanzministerium sucht die Bewilligung eines Kredits von einer Million Rubel nach, um den Landeshauptmann einiger Gouvernements, in denen eine Mißernte zu verzeichnen ist, Darlehen zur Ausföhrung von Wegebauten zu gewähren.

### Frankreich.

**Das Nationalkomitee der Grubenarbeiter** hatte mit dem Ministerpräsidenten Combes eine zweistündige Besprechung, in der es sich zur Annahme eines Schiedsgerichts bereit erklärte, das über die Festsetzung von Mindestlöhnen und die Regelung der Arbeitszeit entscheiden soll. Die Frage der Ernennung der Schiedsrichter wurde noch nicht erörtert. Später empfing Combes auch den Präsidenten des Komitees der Grubengesellschaften; über den Verlauf der Unterredung wird Stillschweigen beobachtet. Im Uebrigen ist die Lage im Streit bisher unverändert.

### England.

**Ueber die Kämpfe der Engländer im Somali-Lande** kommen über Aken nunmehr nähere Berichte. „Reuters Bureau“ meldet: Die in Somaliland stehende britische Streitmacht wurde am 6. Oktober in dichtem Gestrüpp vom Feinde angegriffen, sie leistete entschlossenen Widerstand. Infolge einer Verwirrung im Fuhrpark wurde jedoch die englische Gefechtslinie durchbrochen; ein Moringeschütz fiel in die Hände des Feindes und auch eine Geschützbespannung gerieth in Unordnung. Endlich wurde der Feind durch den Oberst Swayne zurückgetrieben und eine Bariba errichtet. Darauf wurde noch ein Ausfall gemacht und der Feind verjagt; er ließ 62 Tödtliche auf dem Kampfplatz zurück. Die Engländer verloren 70 Tödtliche und 100 Verwundete. — Dieser englische Sieg sieht ganz wie ein Pyrrhus'siege aus.

## Lübeck und Memelgebiete.

Montag, den 27. Oktober 1902.

**Stellung Maurer!** Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

**Mit den kommenden Reichstagswahlen** beschäftigt sich eine am Sonnabend Abend im „Vereinshause“ abgehaltene öffentliche Parteiverammlung. Das einleitende, die Thätigkeit des deutschen Reichstages behandelnde Referat hatte Genosse Th. Schwarz übernommen. Redner erörterte einleitend die wichtigsten Petitionen, welche dem feinem Ende zuneigenden Reichstag vorgelegt hatten. Die Folge der Politik des deutschen Reiches sei ein Defizit von 150 Millionen Mark, welches in den Kassen der Schatzkammer vorhanden sei. Im nächsten Jahre laufen die Handelsverträge ab; schon seit geraumer Zeit habe man gewußt, daß die Regierung die Vorlage eines Zolltarifgesetzes plante. Als man aber die in Aussicht genommenen Zollsätze erfahren habe, sei das Erstaunen doch ein großes gewesen. Eine interessante Aufstellung darüber, in welchem Prozentsatz bei den einzelnen Tariffätzen die Erhöhungen zu einander stehen, habe Professor Schäfer aufgestellt. Nach derselben trete bei dem heutigen Tarif bei Weizen eine Erhöhung von 26 Proz., bei Roggen eine solche von 31 Proz., bei Gerste eine solche von 18 Proz., und bei Hafer eine Erhöhung von 24 Proz. ein. Nach der Regierungsvorlage betrage die Belastung bei Weizen 42 Proz., bei Roggen 45 Proz., bei Gerste 27 Proz., und bei Hafer 44 Proz., nach den Plänen der Ueberzöllner bei Weizen 57 Proz., bei Roggen 68 Proz., bei Gerste 68 Proz., und bei Hafer 66 Proz. Der autonome Zolltarif bedeute, wie sich sehr leicht ausrechnen lasse, eine Erhöhung des Weizens um 50 Proz., des Roggens um 51 Proz., der Gerste 30 Proz., und des Hafers um 53 Proz. Sodann besprach Redner die heutige Zusammensetzung der Parteien und erläuterte, daß die Regierung wohl den wirtschaftlichen Ausbruch, der gewissermaßen eine Interessentrepräsentation sei, nicht aber die Vertretung des überwiegenden Theiles der Bevölkerung bei Aufstellung ihres Tarifses gehört habe. Wichtige Gesetzesvorlagen seien nach Wiedereröffnung des deutschen Reichstages zurückgeblieben, lediglich damit die Berathung des Zolltarifentwurfes beginnen könne. Die sozialdemokratischen Abgeordneten denken gar nicht, wie unsere Gegner immer behaupten, an Obstruktion. Daß sie Reden halten, sei ihre Pflicht; das sei aber keine Obstruktion. Eine solche sei vor einigen Jahren im österreichischen Reichsrath betrieben worden, als man sich gegenseitig verhaute. Nunmehr ging Redner auf die hiesigen Verhältnisse ein und kritisierte in scharfer Weise das Verhalten der hiesigen bürgerlichen Presse. Dieses Verhalten sei um so unverständlicher, als es im Reichstage ein offenes Geheimniß sei, daß die Vertreter der Hansestädte im Bundesrath gegen den Zolltarif gestimmt hätten. Dieser Umstand hätte die bürgerliche Presse veranlassen müssen, ganz energisch gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. Das sei bezeichnend! Bei Einweihung des Elbe-Trave-Kanals habe man i. Jt. sehr stark in Weltpolitik gemacht. Die Zölle und Verbrauchssteuern seien seit 1895 ganz erheblich im Reich gestiegen. Im Jahre 1895 betrugen dieselben 661 638 800 Mk., im Jahre 1902 dagegen 819 380 900 Mk. An Matrikularbeiträgen seien 1895 3 898 548 100 Mk. eingegangen, hiervon seien an die Einzelstaaten 3 795 982 600 Mk. zurück-erstattet worden. In den nächsten Jahren sei dagegen die Rücküberstattung eine immer kleinere geworden. Lübeck habe z. B. 1895 23 900 Mk. mehr an Matrikularbeiträgen zurückerhalten, als es bezahlt habe. 1896 sei diese Summe bereits auf 20 900 Mk., 1897 auf 19 300 Mk. zurückgegangen. Von 1898 an habe unsere Vaterstadt weniger zurückerhalten als es bezahlt habe. Im genannten Jahre habe diese weniger zurückgezahlt Summe 22 900 Mk. betragen, 1899 19 700 Mk., 1900 18 600 Mk., 1901 sogar 75 900 Mk. und 1902 63 000 Mk. Insgesamt habe Lübeck während dieser Jahre 200 100 Mk. weniger zurückerhalten, als es an Matrikularbeiträgen bezahlt habe. Auch Lübeck leide an großen Dalles; trotzdem aber habe man für Brinzenbesuche noch immer Geld übrig. — Im gesammten Staate Lübeck seien 4696 landwirthschaftliche Betriebe vorhanden; von diesen sind aber nur zwei betragt worden. Die Größe derselben schwankt zwischen 110 und 117 Hektar. Die beiden Betriebe haben aus dem Ackerbau insgesamt 18 580 Mk., aus der Viehzucht hingegen 26 177 Mk. eingenommen. Das bedeute in Prozenten ausgedrückt, 36,7 aus dem Ackerbau und 52,8 aus der Viehzucht. Das sei der beste Beweis, daß unsere Landwirtschaft hauptsächlich auf Viehzucht angewiesen sei. Für Futtermittel haben diese beiden Betriebe 4566 Mk. verausgabt; eine verhältnismäßig hohe Summe in Anbetracht der anderen Ausgaben. Eine Unterbilanz haben diese Betriebe nicht gemacht, eine Nothlage sei also nicht vorhanden. In seinen weiteren Ausführungen behandelte Redner die Viehzölle und in Verbindung damit die herrschende Fleischnoth, um die sich weder Bürgerchaft noch Senat in Lübeck kümmerten. Das bedeute einen ungeheuren Tiefstand der hiesigen Bevölkerung. An der Hand einer Statistik wies Redner nach, daß die Ernährung des deutschen Arbeiters schlechter sei, als die der englischen und französischen Proletarier. — Trotz der bekannten Erklärung des Reichskanzlers gefangen die Regierungssätze gar nicht zur Abstimmung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten sich sehr geireut, als nach erfolgter Abstimmung die rothe Mappe in der Hand des Reichskanzlers erschien. Die Freude aber war verfrüht. Die Regierung habe ihre Niederlage ruhig eingestiftet. Am Sonnabend Morgen hieß es allgemein im Reichstage: Bülow, Posadowsky und der lange Möller geht. Es sei ja möglich, daß sich aufangs nächster Woche noch etwas ereigne. Die sozialdemokratische Fraktion ist fest entschlossen, diesen Tarif nicht Gesetz werden zu lassen. Dazu bedarf es keiner Obstruktion. Natürlicher mühen unsere Abgeordneten auf der Hut sein. Es war ein verkehrter Beschluß des Reichstages, die Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre zu erhöhen. Man habe verschiedene Abänderungen der Geschäftsordnung geplant, könne sie aber nicht durchführen. Bei sämtlichen 946 Positionen des Entwurfs würden unsere Abgeordneten namentliche Abstimmungen beantragen. Das wisse die Regierung auch; sie kenne uns zur Genüge. Nur noch 8 Monate habe dieser Reichstag zu tagen; vor Weihnachten müsse noch der Etat berathen werden; dieser müsse bis 1. April beendet sein, da sonst an diesem Tage kein Geld in der deutschen Reichskasse sei. Es sei unbedenklich, daß der Tarif bis zum 16. Juni erledigt würde. Da wäre es doch besser, wenn die rothe Mappe in Aktion getreten wäre, resp. noch treten würde. Aber die Regierung wolle keine Auflösung; sie kenne die Lage. Das Bernünftige wäre die Zurückziehung des Tarifs. Die Wähler müssen entscheiden, mag da kommen, was da wolle. Die Regierung müsse die Handelsverträge auf der alten Basis abschließen, weiter werde ihr wohl nichts übrig bleiben. — Heute schon sei es unsere Pflicht, die Wähler auf die gegenwärtige politische Lage aufmerksam zu machen; es gelte, ihnen den Nachweis zu liefern, daß langfristige, günstige Handelsverträge unbedingt erforderlich seien für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Das treffe ganz besonders für unsere Vaterstadt zu. Die nationalliberalen Abgeordneten seien die unsichersten Konstanten, die man sich denken könne. Das sehe trotz der begeisterten Artikel über den nationalliberalen Parteitag fest. Es sei notwendig, daß die Partei sich heute schon sammelt, um den nächsten Wahlkampf mit aller Energie führen zu können. Am Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages ersuchte Redner um Annahme folgender Resolution:

Die am Sonnabend den 25. Oktober stattgehabte Versammlung erhebt entschieden Einspruch gegen jede künstliche Vertheuerung der Lebensmittel und nothwendiger Bedarfsartikel durch Zölle, Steuern, Einfuhrverbote oder Einfuhrerschwerungen zc. Sie erblickt in der Wirtschaftspolitik, welche der Vertheuerung des Lebensunterhaltes des Volkes dient, ein gemeinschaftliches Bestreben, darauf gerichtet, die konsumierende Bevölkerung auszubeuten, um den großen kapitalistischen Unternehmern in der Industrie und Landwirtschaft die Taschen zu füllen. Sie fordert den Reichstag auf, den Zolltarif abzulehnen und für Beseitigung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel und nothwendige Bedarfsartikel einzutreten. Sie verlangt von den dazu berufenen Faktoren die Aufhebung der Grenzsperrn, um durch eine Steigerung der Vieheinfuhr der herrschenden Fleischnoth und der dadurch hervorgerufenen Fleischtheuerung zu steuern. — Die Versammelten versprechen, durch Stärkung der Sozialdemokratie im Reichstage und in der Lübecker Bürgerchaft dafür sorgen zu wollen, daß einer volksthümlichen Wirtschaftspolitik die Wege geebnet werden.

Dieselbe fand einstimmige Annahme. — Sodann wurde Genosse Th. Schwarz einstimmig als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt. Zur Erledigung der Vorarbeiten für die Agitation wurde ein aus den Genossen Pape, Essinger, G. Ehlers

U. Ehlers und Stelling bestehendes Wahlkomitee gewählt. Nach einem fernigen Schlusswort des Genossen Pape erfolgte Schluss der Versammlung.

**Aktion, Maurer!** Seitens des Gauvorstandes wird uns geschrieben: In Rostock ist über die Bauten der Innungsmeister Meier, Brinkmann, Müller, Duade, Heinig und Bothe von unseren Kollegen die Sperre verhängt worden. Es wird nun dringend er- sucht, daß sich kein Maurer durch Annoncen in bürgerlichen Blättern verleiten läßt, zum Verräther zu werden. Da hier ein Vertragsbruch obiger Unternehmer vorliegt, allem Aufseiner nach am Sinnverständnis der gesamten Innung, ist es nicht ausgeschlossen, daß der Kampf ein allgemeiner wird. Der Zugang ist daher auf das Strengste fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Eine öffentliche Versammlung** sämtlicher in Fabrikbetrieben und auf Holzlagern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen findet heute, Montag, Abend im Vereinshaus statt. In derselben spricht Frau Zick aus Hamburg. Gönzlich hat sich dieselbe eines guten Besuches zu erfreuen.

**Nicht weniger als vier Sittensverbrechen** gelangten Sonnabend unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor der hiesigen Strafkammer II zur Verhandlung. Der Cigarrenarbeiter K. erhielt 8 Monate, der Schreiber W. 9 Monate und der Arbeiter St. 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. — Zum Schluss wurde gegen den bekannten Gastwirt Parbs (früher Hüßstraße) und seine Frau verhandelt. Dieselben standen unter der Anklage der Kuppelei. Während die Frau freigesprochen wurde, verurteilte das Gericht Parbs zu 2 Jahren Zuchthaus.

**Diebstähle.** Ein hiesiger Kaufmann brachte zur Anzeige, daß ihm aus seiner Ladenkasse am Sonnabend Mittag ein Hundertmarkstück gestohlen sei. — Einem Kuhknecht wurde am Sonntag Vormittag in einer hiesigen Herberge eine wollene Unterhose, eine wollene Jacke und eine sogenannte Jagdweste, welche Sachen er sich kurz vorher bei einem Trödler in der Markesgrube gekauft hatte, gestohlen.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Festgenommen wurde ein Schlachtergeselle aus Müllin i. L., der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft in Hannover wegen Verleumdung flechtlich verfolgt wird. — Des Weiteren wurde ein Dienstmädchen festgenommen, welches seine Diensther- schaft fortgesetzt bestahl. Zuletzt eignete es sich sogar einen Hundertmarkschein an.

**Stadelsdorf.** Der Lehrermangel zieht auch im Fürstenthum immer weitere Kreise. Anstatt, daß man für Entlassung der Lehrer sorgt, bürdet man ihnen immer neue Lasten auf. So ist auf Verfügung der Regierung die Schule in Gr. Steinrade, welche von ca. siebenzig Kindern besucht wird, in eine 11klassige umgewandelt worden. Hier werden also „nur“ 70 Kinder von einem Lehrer unterrichtet. Fürwahr, eine nette Schul-Idylle! — Wegen Ueberfüllung der Schulklassen in Ravensbusch sollen die Kinder von Barenack nach Stadelsdorf überwiesen werden.

**Cutin.** Die Folgen der Erhöhung der Zivilliste des Großherzogs kommen im Voranschlag für die nächste Finanzperiode des Fürstenthums recht unliebsam auch für die Bewilliger zu Tage. Die rosigte Darstellung der Finanzen, wie sie die neue Regie- rung bei der Begründung jener Vorlage sich gestattetete, wird durch die Thatsachen, wie sie sich nunmehr ergeben, Lügen gestraft. Wie im Provinzialrath mitgeteilt worden

ist, sichtsich die Regierung veranlaßt, in Folge der Ebbe im Staatskassen einen Zuschlag von 50 Proz. in der nächsten Finanzperiode zu erheben. Die bisher erhobenen 20 Proz. reichen nicht mehr aus. Nach dem Voranschlag dürfte der Fehlbetrag in dem Finanzjahre 1904 81 288,53 Mk. und im Jahre 1905 97 145,43 Mk. betragen. Die Einwohner im Fürstenthum werden von dieser Nachricht sicherlich nicht sehr erbaute sein. Sie werden aber jetzt einsehen, wie notwendig es ist, daß sich jeder wahlberechtigter Einwohner an den Landtagswahlen betheiligt, um so die wahre Stimmung der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Insbesondere mögen unsere Cutiner Genossen aus dieser neuen Erhöhung des Zuschlags die Lehre ziehen, daß es verkehrt ist, bei Wahlen die Hände in den Schooß zu legen und den bürgerlichen Parteien das Feld zu räumen. Gerade bei der verflochtenen Landtagswahl hätten die Genossen alle Ursache gehabt, sich an derselben zu betheiligen und kräftig zu agitieren, damit gleich- zeitig für die kommenden Reichstagswahlen vorgearbeitet worden wäre. Jetzt heißt es für die Cutiner Genossen, heute schon mit allen Kräften in die Agitation für die Reichstagswahlen einzutreten, damit sie die Scharte, die sie sich selbst durch ihr sonderbares Verhalten bei der Landtagswahl geschlagen haben, wieder ausweichen können. Ihre Parole laute nunmehr: In die Arbeit! — In der am Sonnabend abgehaltenen Schlusssitzung des Provinzialraths wurden bei Festlegung des Etats die Ein- nahmen erhöht, die Ausgaben ermäßigt. Damit ist die in dem Entwurf vorgesehenen Er- höhung des Zuschlags zur Einkommen- steuer von 20 Proz. auf 50 Proz. umgangen worden; es tritt also keine Erhöhung ein. Ob aber damit die Gefahr der Steuererhöhung endgültig vermieden ist, scheint uns sehr zweifelhaft.

**Cutin.** Vom Provinzialrath. Am Donner- tag wurde der Gesetzentwurf, betr. die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwältle und der Gerichtsvollzieher angenommen. Ferner fand der Ent- wurf eines Ortsstrafengesetzes mit geringen Aender- ungen Annahme. Es sind in den letzten Jahren an manchen Orten, so in Cutin, Stadelsdorf, Rensfeld und Malente zahlreiche Neubauten aufgeführt worden, und zwar vielfach Arbeiterwohnungen. Die Häuser, und zum Theil ganze Häuserviertel, sind vielfach nicht an den chauf- firten Landstraßen, sondern an wenig gangbaren oder kaum gangbaren Wegen erbaut. Um nun den Bauunter- nehmern die Kosten für die Anlegung der Straßen usw. auferlegen zu können, wird den Gemeinden nach diesem Entwurf die Befugnis ertheilt, dies durch entsprechende Ortsstatuten festzusetzen. Dieselben sollen weiter berechtigt sein, für die Behausung größerer Grundstücke Behausungs- pläne vorzuschreiben und Baufluchtlinien festzusetzen. — Am Freitag wurde das Gerichtskostenengesetz wegen der Höhe der Gebührensätze abgelehnt.

**Lauburg.** Tödlicher Unglücksfall. Bei den Reparaturarbeiten an der Elbbrücke stürzten Sonn- abend Vormittag um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr von der nachgelassenen Stellage zwei Arbeiter in die Elbe, wovon der Arbeiter Fischer aus Witzge ertrank, während der Arbeiter Burmeister sich durch Schwimmen rettete. Die Leiche des Ertrunkenen wurde durch Fischer geborgen.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Die Leichen der vor 14 Tagen in der Hohwachter Bucht bei Lütjen- burg durch Kentern des Bootes ertrunkenen drei Fischer wurden Sonnabend geborgen. — Die Schlachterinnung in

Bühlow sammelt Unterschriften für eine Petition, in welcher der Bundesrath gebeten wird, durch Aufhebung der Grenzsperrn gegen die Einfuhr von lebendem Schlach- tierfleisch die Nothlage der Bevölkerung, welche die hohen Fleischpreise verurursachen, zu steuern. — In Gr. Biecheln bei Schwann tödtete das Dienstmädchen Edder ihr am Sonntag vor 8 Tagen heimlich geborenes Kind durch Schnittwunden am Halse und vercharrete die Leiche im Garten.

**Riel.** Schutz gegen Schußleute. In brutaler Weise hat der bei der königl. Polizei im Dienst stehende Schutzmann Dorn seine Dienstgewalt überschritten. Der Vorfall hat sich an einem Sonntag Abend im Oktober vorigen Jahres auf der Eternförder Chaussee abgespielt. In dem Garten des dort belegenen Stablimiments „Flora“ war nach Schluß der Langmusik ein Menschenauflauf ent- standen, der zu einer Verhaftung geführt hatte. Nachdem diese Sache längst erledigt war, ist der Angeklagte, wie von einer größeren Anzahl gänzlich einwandfreier Zeugen bekundet wird, mit der blanken Waffe in der Hand wie wild in der Eternförder Chaussee auf- und niedergerannt und hat hierbei vier Passanten, die an dem vorbeigehenden Fall gänzlich unbetheiligt waren, durch Säbelhiebe ganz erheblich mißhandelt. Als die Geschlagenen sich nach der Polizeiwache in der Dammstraße begaben, um sich dort zu beschweren, wurden sie einfach hinausgeworfen. Nur einer der Betheiligten, ein Laternenanzünder, hatte den Muth, die Sache weiter zu verfolgen. Sonderbarer Weise war der Schutzmann nur wegen des Hinauswerfens des Laternenanzünder angeklagt. Erst durch die Zeugen- vernehmung haben sich dann die weiteren Mißhandlungen ergeben. Es hatte sich deshalb die Strafkammer nur mit dem Vorgang auf der Wache zu beschäftigen. Wie der Staatsanwalt jedoch mittheilte, soll wegen der weiteren Uebersehungen des Schutzmannes in nächster Zeit noch eine weitere Verhandlung stattfinden. Der Staatsanwalt hält für den vorliegenden Fall eine Geldstrafe von 200 Mk. event. 40 Tage Gefängnis, für ausreichend. Das Gericht ließ es bei einer Geldstrafe von 50 Mk. event. 8 Tage Gefängnis bewenden.

## Letzte Nachrichten.

**Benken.** Fünflingen, vier Knaben und einem Mädchen, gab dieser Tage die Frau des Bergmanns Jan Michalik in Kolonie Luorno bei Kochlowitz in Oberschlesien das Leben. Mutter und Kinder erfreuen sich des besten Wohlbefindens.

**Eisenach.** Durch giftige Gase wurden Freitag Nachmittag zwei städtische Arbeiter in einem tiefen Kanal- schacht beäufet. Einer wurde todt herausgezogen, der Andere, der ihm zu Hilfe geeilt war, durch künstliche Athmung zunächst wiederbelebt, ist dann aber Abends 9 Uhr gestorben.

## Lübeker Marktpreise vom 25. Oktober.

Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk., Gafen Stk. 3,30 Mk., Enten Stk. 2,80 Mk., Gähner Stk. 1,80 Mk., Küfen Stk. 1,— Mk., Lauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 0,68 Mk., Fliedgans 3,— Mk., Schweinstopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,15 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 40 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0,90 Mk.

## Komitee- u. Kommissions- Sitzungen.

**Preiskommission.**  
Heute Montag Abend 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

## G. V.

Morgen Dienstag, Abds. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Freitag Abend entließst nach langen Leiden meine liebe Frau und meiner Kinder ternjüngende Mutter  
**Elise Faasch, geb. Brockmüller,**  
im 34 Lebensjahre.  
Liebetrauert von mir, meinen Kindern und allen Verwandten.  
**Aug. Faasch.**  
Die Beerdigung findet Dienstag den 28. Ok- tober, Vormittag 11 Uhr, von der St. Lorenz- Kapelle aus statt.

## Danksagung.

Sage allen Verwandten und Bekannten, die meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen und ihren Sorg so reich mit Kranzen schmückten, ins- besondere Herrn Pastor Krumpal für die tropf- reichen Worte am Grabe der Entschlafenen meinen innigsten Dank.  
**W. Nagel.**

Ein junger hochbetrauerter Mann von Bunde mit guten Kenntnissen sucht Beschäftigung, am liebsten bei Bedarf.  
**Heinrich Fick, Sedanstraße 10a.**

Gefucht ein größerer Junge zur Anstalt. Zu melden  
Glockengießerstraße 67.

2 kl. Sophas zu verkaufen, 27 Mk.  
Lindenstraße 62

Ein neues gut gearbeitetes Sopha billig zu verkaufen.  
Beldergabe 20, dort  
Ehrenentlassung  
Ich bedauere, Braut am 16. Oktober auf dem Ben beiebtigt zu haben.  
**F. Schultz.**

Im Verlag „Aufklärung“, Berlin (Verlag der Socialistischen Monats- hefte) ist soeben erschienen:

## Die Helden der Menschheit.

Jeder Lebensbeschreibung ist das Bild des Betreffenden beigegeben. Das Werk erscheint in ca. 50 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
**Gewerkschafts-Kartell.**

Mittwoch den 29. Oktober d. J., Abends 8 Uhr  
im grossen Saale des Vereinshauses:

## Demonstrations-Vortrag „In Nacht und Eis“.

Eine Schilderung der bedeutendsten Nordpolfahrten von John Ross an bis zu Erithjof Nansen und Georg Andree, erläutert durch

**105 Riesen-Lichtbilder.**  
Eintritt 20 Pf. Redner: B. Laube-Scipzig. Eintritt 20 Pf.

Sickets sind zu haben bei: F. Seeke, Lederstraße; E. Wittjoot, Hüßstraße; Grün- waldt, Böttcherstraße; im „Vereinshaus“ und in der Expedition des „Lübeker Volksboten“.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Außerordentliche  
**General-Versammlung**  
am Dienstag den 28. Oktober 1902

Abends 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße Nr. 50—52.  
Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung über Aenderung des Arbeitslosen-Unterstützungs- Reglements.
  2. Abrechnung vom lokalen Streikfonds.
  3. Kartellbericht. 4. Fragekasten. 5. Verschiedenes.
- Kollegen! Agitirt für zahlreichen Besuch!**  
Die Lokalverwaltung.

**Uhren reinigen 1,50 Mk.**  
**Edern einsehen 1,00**  
1 Jahr Garantie  
Uhrgläser, 1. Qual., 30 Pfg.  
**Max Dawartz,** Uhrmacher  
Huxstraße 16.

Für Mecklenburg. Rechnung:  
**Prima Eier-Kartoffeln**  
billigst.  
Proben: E. S. Ehlers Nachfolger,  
40 Bahnhofsstraße 40.

Jeden Dienstag:  
**Schwarzbäuer, Grün-Brod**  
und **Pandeleberwurst.**  
**H. Gehrken, Schlumacherstraße 8.**  
**Max Kegel's**  
**Socialdemokratisches**  
**Liederbuch.**  
Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

**Stadttheater**  
Dienstag den 28. Oktober, Abends 7 Uhr.  
30. Vorst. 27. Abon. Vorst. 6. Dienstadt. Ab.  
Zum letzten Male: **Lohengrin.**  
Rom. Oper von Richard Wagner.  
Mittwoch: Beginn des Eubermann-Cyclus:  
**Die Ehre.**  
Donnerstag: Zum 1. Male: **Die Sklavin.**

**Circus Variété**  
**Reuterkrug.**  
Größtes, ältestes und vornehmstes  
Variété am Plage.  
Nur noch drei Tage  
die weltberühmte  
**Frank Bonhair-Truppe**  
Ueberrist bis jetzt alles Gesehene.  
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

## Militärische „Meuterei“.

Ein drakonisches Urtheil fällt, wie wir bereits kurz unter „Kl. pol. Nachr.“ gemeldet haben, das Kriegsgericht der 8. Division in Halle a. S. in der Sache gegen den Kürassier Heinrich Leopold, 23 Jahre alt, und den Gefreiten Wilhelm Sommer, 22 Jahre alt, beide von der 3. Eskadron des Kürassierregiments v. Seydlitz in Halberstadt. Beide Angeklagten haben sich bisher gut geführt und sollten Mitte September d. J. vom Militärdienst entlassen werden. Ein kleiner Verstoß gegen die strenge Disziplin wollte es aber anders und brachte die Angeklagten wegen militärischen Unruhrens ins Zuchthaus.

Am 6. September d. J. gelegentlich der Einquartierung in Paschwitz bei Eisenburg fand im Lokale des Gastwirths Klinge ein Tanzvergügen statt, an dem die Angeklagten und mehrere Kameraden theilnahmen. Abends 11 Uhr bot der Wächtermeister Trautmann Feierabend und forderte die Kürassiere auf, in ihre Quartiere zu gehen. Die beiden Angeklagten verließen zunächst den Saal, entschlossen sich aber dann, noch etwas dort zu bleiben und noch einmal zu tanzen. Dem Wirth erklärten sie, er könnte event. dem Wächtermeister sagen, sie, die Angeklagten, wären dort einquartiert. Dies war jedoch nicht der Fall. Als die beiden Angeklagten wieder in den Saal treten wollten, kam ihnen der Wächtermeister entgegen und forderte sie mehrmals auf, in die Quartiere zu gehen. Leopold entgegnete aber: „Herr Wächtermeister, ich möchte noch etwas hier bleiben, ich habe Ihnen noch etwas unter vier Augen zu sagen.“ Die beiden Angeklagten gingen nunmehr die Treppe hinunter auf den Hof, wo Leopold dem Wächtermeister wegen angeblicher Unterschlagungen der Quartiergehälter Vorhaltungen machte. L. erklärte dem Wächtermeister: „Ich bekomme heute noch 80 Pfsg. von Ihnen, und einem Vorgesetzten, der Untergebene benachteiligt, brauche ich keinen Gehorsam zu leisten; ich gehe nicht nach Hause.“ Der Gefreite Sommer sagte: „Ich schließe mich dem (Leopold) an.“ Nach einigen weiteren Aufforderungen mit dem Hinweis, er, der Wächtermeister, werde den Leutnant rufen lassen, gingen die Angeklagten dann doch nach Hause und Leopold machte dabei in Beziehung auf den Wächtermeister die Bemerkung: „Das Alter geht voran.“

Dieses war die militärische Meuterei. Wegen der Beschuldigungen seitens Leopolds schwebt ein Verfahren gegen den Wächtermeister Trautmann. Dieser Zeuge erklärte, als ihm die Unterschlagung vom Vorgesetzten vorgehalten wurde: „Ich kann mich nicht mehr entsinnen, ob ich damals auf Quartierbilletts Geld zurückbekommen habe.“ Der Zeuge betonte auch, er könne nicht annehmen, daß die beiden Angeklagten sich zur Gehorsamsverweigerung verabredet hätten. Die Angeklagten räumten den Thatbestand ein, bestritten aber die Zusammenrottung und gegenseitige Verabredung dazu mit aller Entschiedenheit. Leopold erklärte, daß er vor dem Witz-Wächtermeister keinen Respekt und keine Achtung gehabt, weil dieser seine Untergebenen benachteiligt habe. Er habe geglaubt, solchem Manne gegenüber, den Gehorsam verweigern zu können. Der Anklagevertreter nahm nicht an, daß Leopold Räbelsführer gewesen ist, beantragte gegen diesen aber 7 Jahre und gegen Sommer 5 Jahre 6 Monate Gefängniß. Das im Gerichtssaal allgemeine Erstaunen hervorruhende Urtheil lautete gegen Leopold auf 6 Jahre 6 Monate und gegen Sommer auf 5 Jahre Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere.

Das ungehauene Urtheil, durch das die Existenz zweier Menschen vernichtet wird, die aus Mangel strafrechtlicher Einsicht und wahrhaftig in der Vierlaune ein so furchtbares Verhängniß gegen sich heraufbeschworen haben, bringt der Deffentlichkeit wieder einmal jenes für einen modernen

Menschen geradezu schauerliche Ausnahmegesetz zum erschütternden Bewußtsein, dem der deutsche Staatsbürger während der Zeit unterworfen ist, in der er den „vornehmsten Noth“ zu tragen gezwungen wird. Denn das Ungeheuerliche des Urtheils liegt nicht in dem konkreten Spruch der Richter, sondern in den Bestimmungen des militärischen Strafbuches selbst, auf Grund dessen das Urtheil gefällt wurde.

Das Verbrechen der Meuterei wird nämlich nach § 106 des „M. St. G.“ mit einer Minimalstrafe von 5 Jahren Gefängniß bedroht. Als „Meuterei“ wird aber die „bewußte, auch äußerlich erkennbare Verbindung von zwei oder mehreren Personen zu einem gemeinsamen... unerlaubten Handeln“, z. B. der Gehorsamsverweigerung, betrachtet. Der Begriff des „Verbindens“ ist auch dann schon gegeben, „wenn Personen, die sich vorher zu einem anderen Zwecke zusammengefunden haben, sich plötzlich zu einem gemeinschaftlichen bezüglichen Handeln verbinden“. Den Schlingen dieser Bestimmungen entgeht aber kein Gehorsamsverweigerer, der auch nur zufällig mit einem andern zusammen den Gehorsam verweigerte. Fünf Jahre Gefängniß wäre den beiden Unglücklichen damit schon sicher gewesen!

Aber weiter: Der militärische Strafbuch bedroht auch durch § 107 den „Räbelsführer“ oder „Anstifter“ mit der Strafverurteilung der Zuchthausstrafe. Der Vertreter der Anklage nahm zwar nicht an, daß Leopold „Räbelsführer“ gewesen sei. Das Gericht schloß sich aber dieser „milden“ Auffassung augenscheinlich nicht an. Es hielt sich nämlich streng an die Auslegung des § 107, die besagt: „Räbelsführer ist derjenige, welcher die Vereinigung (Zusammenrottung) zu dem verbrecherischen Handeln zu Stande gebracht hat und die gemeinschaftliche That leitet“. — Leopold war nun der Wortführer der „Meuterei“, also der „Räbelsführer“! Damit war für ihn die Zuchthausstrafe „gegeben“.

Aber auch der zweite Angeklagte vermochte dem Zuchthaus nicht zu entgehen auf Grund des § 110, der besagt: „Dem Anstifter... gleich zu bestrafen ist derjenige an dem Aufruhr Beteiligte, welcher, persönlich von dem Vorgesetzten zum Gehorsam aufgefordert, diesen durch Wort oder That verweigert.“ Man sieht also, daß die Paraphrasen des Militärstrafgesetzbuches „Aufrührern“ nicht die kleinste Lücke lassen, einer Minimal-Zuchthausstrafe von fünf Jahren zu entgehen!

Nicht das Urtheil an sich ist furchtbar, sondern die militärische Strafjustiz, die die kleinste, kindische Unbesonnenheit mit so ungeheuerlichen Strafen bedroht!

Daß das „Volk der Dichter und Denker“ im 20. Jahrhundert einer solchen Strafjustiz unterstellt ist, wird als kulturgeschichtliches Dokument erst von dem Historiker, der keinen Staatsanwalt mehr zu fürchten hat, gebührend gewürdigt werden können!

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** In Wetter a. d. Ruhr bei der Firma Bönhoff wurden sämtliche Dreher ausgesperrt, weil sie vor einigen Wochen ein Lohnherabsetzung zurückgewiesen haben. Die Ausgesperrten sind sämtlich Hirsch-Dunder'sche Gewerksvereiner. Falls die Firma nicht nachgibt, wollen auch die Former in den Streik eintreten. — Die Perlmutter-Drechsler Wiens, etwa 600, stehen seit Montag im Streik; sie fordern eine geringe Lohnhöhung. — Die Sägewerksarbeiter-Aussperrung im schwedischen Nordland ist formell beendet worden dadurch, daß der Direktor des Sägewerks in Heber-Kallig sich infolge eines Vergleichs bereit erklärte, die Ausgesperrten, soweit es möglich sei, wieder ein-

zustellen. Thatsächlich sind aber nur 50 Arbeiter wieder eingestellt, die übrigen wurden auf die Zeit nach Neujahr vertröstet. Da im nördlichen Schweden infolge von Missernte ein allgemeiner Nothstand herrscht, ist die Lage dieser ausgeperrten Sägewerks-Arbeiter um so trauriger.

**Der Verband der amerikanischen Metallindustriellen** erwartet für das nächste Jahr einen großen Ausstand in der Metallindustrie und verstärkt im Hinblick darauf, nach der „Frl. Ztg.“, seinen Abwehrfonds, der bereits 1 Mill. Dollars beträgt.

**Amerikanisch.** Um einen umfangreichen Auftrag der Standard Oilgesellschaft nicht nach Europa gehen zu lassen, hat, einer Kabelmeldung der „Frl. Ztg.“ zufolge, die Stahlarbeiter-Vereinigung in den Vereinigten Staaten in eine 25prozentige Lohnreduktion gewilligt, sodaß die American Lplate Company nunmehr die Bestellung übernehmen kann.

**Eine lendenlahme Erklärung** giebt der christliche Bergarbeiterverband auf eine Aufforderung des alten Verbandes ab, keine Uebersichten zu verfassen. Das Organ des christlichen Bergarbeitervereins erklärte, die deutschen Bergleute würden zunächst froh sein, wenn sie keine Feierschichten mehr zu machen bräuchten. Sollte sich durch den französischen Bergarbeiterstreik der Absatz deutscher Kohle heben, so dürfe verlangt werden, daß die deutschen Bergleute höhere Löhne erhalten und so an dem Aufschwunge partizipieren. — Kein Funke von Solidarität, wohl aber trapper Egoismus leuchtet aus dieser gewundenen Erklärung hervor.

**In der Geschäftspraxis der Arbeiterversicherungs-Geschiedsgerichte** haben sich mit der Zeit zum Nachtheil für die Verletzten eine ganze Anzahl Mißstände herausgebildet, die eine baldige Aenderung dringend nöthig erscheinen lassen. So wird von den Arbeitervertretern gerügt, daß einige Vorsitzende die bekannte Tabelle für Entschädigungen der verschiedenen verletzten Gliedmaßen als Grundlage einer mechanischen Rentensetzung benutzen. Das ist der gleiche Verstoß, vor dem das Reichsversicherungsamt die ersten Instanzen in Unfall- und Invalidensachen durch sein Rundschreiben vom 31. Dezember 1901 warnte. In Verbindung damit steht, daß die eigenhändige Unterschrift der Beisitzer unter schiedsgerichtlichen Entscheidungen nicht mehr erforderlich ist. Früher mußten die Beisitzer ihre Unterschrift geben, und es konnten dabei nothwendige Ergänzungen in der Begründung vorgenommen werden; jetzt kommt meist nur die Auffassung des Vorsitzenden zur hauptsächlichsten Geltung. Nicht unbedenklich erscheint die Praxis, daß einige Vorsitzende mit Vorliebe Vergleiche zwischen den einzelnen Parteien zu Stande bringen. Dies kann für die Verletzten die größten Nachtheile insofern zur Folge haben, als sie vielfach im Termin befangen sind, und ihnen nach erfolgtem Vergleichsabschluß der Rekurs an das Reichsversicherungsamt abgeschnitten ist. Wenn manche Vorsitzenden den Gerichtshof nicht sich zur Berathung zurückziehen lassen, sondern aus Bequemlichkeit die Verletzten zum Verlassen des Sitzungszimmers während der Berathung auffordern, so muß die Berechtigung zu diesem neuartigen Verfahren mindestens bezweifelt werden. Die Klage, daß den Verletzten für die Wahrnehmung des Termins nur eine Reiseentschädigung, nicht aber eine Vergütung für entgangenen Arbeitsverdienst gewährt wird, ist alt. Fraglos sind die Schiedsgerichte zur Bemilligung aller durch Wahrnehmung des Termins entstandenen Unkosten und Ausfälle in angemessenen Grenzen berechtigt.

**Eine merkwürdige Auffassung** von den behördlichen Pflichten hat der Königsberger Regierungspräsident in einer Verfügung an die ihm unterstellten Landräthe bekundet. In dieser vertraulichen Verfügung, deren Inhalt die Königsberger „Volkszeitung“ mittheilt, empfiehlt er zur Befämpfung der sozialdemokratischen Agitation die Förderung der Verbreitung des konservativ-agrarischen „Volksfreund.“ Er

## In den Minen.

Roman von R. Orth.

13. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Ein Augenblick tiefer Stille war der drohenden Aufforderung Kerrigans gefolgt. Jeder der Anwesenden blieb unbeweglich auf dem Platze, den er gerade eingenommen hatte, aber auf manchem der rauhen, verhärteten Gesichter malte sich deutlich das Wohlgefallen an der unerbötigt dramatischen Wendung der Dinge. Nur der graubärtige Güne, der vorhin den so kläglich unterlegenen Sängern nach Hause geschickt hatte, erhob sich etwas schwerfällig von seinem Schemel in der Ecke, als ob er die Absicht hätte, dem Kaufhold in den Weg zu treten. Kerrigan aber hatte seine Bewegung gesehen, und er machte, von seinen Gefährten wie von einer Leibwache umgeben, ein paar rasche Schritte auf Henry Dougherty zu.

„Der Spaß hat ein Ende — jetzt ist es Zeit, daß wir ernsthaft reden“, rief er, und in seiner rechten Hand, die er bis dahin verborgen gehalten, blinkte der Lauf eines Revolvers.

Da richtete sich der Rothbärtige, der bis dahin ganz ruhig sitzen geblieben war und in dessen Gesicht sich kein Zug verändert hatte, gemächlich zu seiner vollen Größe auf und sagte gelassenen Tones so laut, daß man es bei der hier herrschenden Stille bis in die entferntesten Winkel des Saales hören mußte: „Ein Thor ist, wer mit seinem Freunde streitet.“

Gleichzeitig erhob er die rechte Hand; aber nicht zu seiner Verteidigung oder zum Angriff, sondern nur, um für einen Moment die Spitze des kleinen Fingers an den äußersten Winkel des rechten Auges zu legen.

Und die Wirkung seines in einem so gefährlichen Augenblick gewiß höchst seltsamen Gebarens war eine überraschende, ja geradezu wunderbare, denn Kerrigans Arm mit dem Re-

volver war plötzlich, wie von einem heftigen Schlage getroffen, schlaff herabgesunken, und als er ihn in der nächsten Sekunde mit einer trozig-wilden Bewegung wieder erhob, da waren es ein paar von seiner eigenen Leibwache, die sich ungestüm auf ihn warfen und ihm die Waffe entwandten.

„Nicht gegen einen Freund!“ Klang es gleichzeitig aus einem halben Duzend rauhen Kehlen, und in die eben noch gleichsam versteinerten Zuschauer war mit einem Male wieder Leben und Bewegung gekommen.

Der graubärtige Kiese aber trat mit einem gesteuerten Wischhals auf Henry Dougherty zu und sagte feierlich: „Hoch jeder Irländer, der im geliebten Vaterlande lebt und der in Dublin der Feier des großen Dan\*) beiwohnen kann!“

Und der Angeredete ergriff sein Trinkgefäß, um nicht minder feierlich zu erwidern: „Bei seiner Geburt lag unser Land in Ketten. Er hat gearbeitet, um es frei zu machen, nun aber liegt er im Grabe.“

Sie tranken. Dann streckte der Alte ihm seine gewaltige Rechte entgegen.

„Willkommen unter Freunden! — Ich bin Michael Lawler — vielleicht haben Sie den Namen schon gehört.“

Henry Dougherty zuckte merklich zusammen, seine Augen, die starr auf das verwirkelte Gesicht des Graubärtigen gerichtet waren, öffneten sich weit, und in einem tiefen Athemzuge hob sich seine Brust. Einen Augenblick zögerte er, die

\*) Daniel O'Connell (geb. am 6. August 1775, gest. am 15. Mai 1847) berühmter Volksredner und parlamentarischer Vorkämpfer für die politische Emanzipation der Irländer und für den Widerruf der legislativen Union zwischen England und Irland — ein Mann, der zu Lebzeiten bei seinen Landsleuten in nahezu königlichem Ansehen stand und dessen Name noch heute in allen Schichten der irischen Bevölkerung einen Gegenstand unbegrenzter Verehrung bildet.

dargebotene Hand anzunehmen, als ob er von irgend einer unsichtbaren Macht daran gehindert würde; dann aber schlug er nur desto kräftiger und herzhafter ein.

„Ja, ich habe ihn schon gehört. Der meinige ist Henry Dougherty, und ich danke für den Willkomm.“

Nun wurde er auch mit den übrigen Anwesenden bekannt gemacht, von denen jeder ihm seinen Namen nannte, und jedesmal war die Vorstellung von einem energischen Händedruck begleitet. Kerrigan, der finster abseits stand und den dicken Pat Monaghan auf sich einreden ließ, ohne ihm mit einer Silbe zu antworten, war der letzte, an den die Reihe kam. Auch er folgte dem Beispiel der übrigen, aber es war ihm an dem zuckenden Gesicht abzulesen, wie schwer und nach wie hartem innerem Kampfe er sich dazu entschloß. Rasch zog er seine Hand wieder zurück, und nachdem er noch hastig ein großes Glas Branntwein hinuntergeschluckt hatte, verließ er ohne ein weiteres Wort mit seinen Freunden das Gastzimmer.

Michael Lawler, dem alle ganz unmerkbar einen besonderen Respekt bezugten, hatte sich in dessen an Dougherty's Seite niedergelassen, ohne Zweifel in der Absicht, ein vertrauliches Zwiegespräch mit ihm zu beginnen.

„Wo sind wir denn geboren, Landsmann?“ eröffnete er treuherrigen Tones die Unterhaltung: „St mir's doch beinahe, als müßt ich ein Gesicht wie Ihres noch von drüben in der Erinnerung haben.“

„Ich bin aus Galway. Aber ich war fast noch ein Junge, als ich nach dem Tode meiner Eltern über das große Wasser ging.“

Michael Lawler schüttelte den Kopf. „Dann stimmt es nicht, denn ich habe niemals in Galway gelebt. Ich bin aus Armagh in der Provinz Ulster. Ich weiß nicht, ob Sie die Gegend kennen, Kamerad.“

„Dort gewesen bin ich freilich nicht. Aber so viel ich mich erinnere, lebte da ein entfernter Verwandter meiner

„lege es daher den Herren Landräthen als eine besondere Pflicht dringend ans Herz, dauernd auf die weiteste Verbreitung des Blattes Bedacht zu nehmen und dieser Aufgabe mit allem Nachdruck, wenn auch in vorsichtiger und unanständiger Form, ihr volles Interesse zuzuwenden.“ — Also wenigstens einer vorsichtigen und unanständigen Form sollen sich die Landräthe befleißigen. Das ist doch wenigstens etwas. Aber selbst bei der vorsichtigsten und unanständigsten Form bleibt die Thatsache bestehen, daß den Landräthen eine Thätigkeit als besondere Pflicht ans Herz gesetzt wird, die mit ihren dienstlichen Obliegenheiten nicht das Mindeste zu thun hat, und wenn nun die Landräthe anderen Beamten, den Gemeindevorstehern, Lehrern etc., in ähnlicher Weise ihre „Pflicht“ ans Herz legen, dann haben wir die allerhöchste behördliche Verpflichtung für ein agrarisches Privatunternehmen. Gegen eine solche ungehörige Verpflichtung und Inanspruchnahme des Beamtenthums muß der entschuldigende Einspruch erhoben werden.

**Schutz der Arbeitswilligen.** Der Streit in der Möbelfabrik von Otto in Färth hat einen ganzen Mattenkönig von Prozessen im Gefolge. Am Dienstag wurden, nachdem früher schon ähnliche Verurtheilungen erfolgt waren, wieder zwei Arbeiter, der Bildhauer Carl Bühlhofer und der Maschinenarbeiter Heinrich Geistmann, zu je vierzehn Tagen Gefängniß verurtheilt, weil sie am 9. Juni beim Streikposten stehen den Maschinenarbeiter Heinrich Lindner durch Worte und durch Drohungen verhindert haben sollen, als Arbeitswilliger zu fungieren. Geistmann soll zu Lindner gesagt haben: „Wenn Du zum Otto hineingehst, bist Du ein Lump!“ Lindner ging aber trotzdem hinein und erstattete Anzeige gegen die Streikposten wegen Vergehens gegen § 153.

**Der Glaskönig Heze in Gerresheim** hat einen Ufas angeschlagen lassen, in dem er seine Glasarbeiter von folgendem in Kenntniß setzt:

Der im vorigen Jahre von Gekern heraufbeschorene frivole Streit hat die Folgen gehabt, die wir vorausgesehen haben, daß die Kundenschaft sich daran gewöhnt hat, ihre Forderungen aus anderen Ländern zu beziehen, als Deutschland, weil die deutschen Fabrikanten nicht liefern konnten. Dies ist nun ein starker Rückgang der Exporte und Herabsetzung der Preise. Mit Zug und Recht sollten wir nun, nachdem schlechtere Zeiten eingetreten sind, die in guten Zeiten freiwillig erhöhten Löhne wieder herabsetzen, damit diejenigen, die durch den frivolen Streit Kalamität verursacht haben, auch in etwas an dem Schaden, der durch sie entstanden ist, theilnehmen. Wenn wir im Vergleich zu vielen anderen Glasfabriken, die ihre Löhne schon jetzt ermäßigt haben, dieses jetzt, wo eine Ermäßigung ohne weiteres durchzuführen ist, von der Hand weisen, so mögen unsere Glasmacher, so lange es geht, dieses als einen Wunsch unsererseits, unsere Arbeiter nicht unter dem schlechtesten Geschäftsgang mit Leiden zu lassen, ansehn, und zugleich als Anerkennung dafür, daß der größte Theil derjenigen, welche den Streit mitgemacht, sich von dem Verband abgewandt haben und von seinen und unserer Industrie feindlichen Führern. Mit großem Bedauern müssen wir auch hinzufügen, daß noch immer eine Anzahl Glasarbeiter mit denen, die den frivolen Streit hervorriefen, zusammengehen und auch noch dem Verband der Glasmacher angehören. Hiermit brechen sie uns das bei Wiedereinstellung der Arbeit gegebene Wort, nie einem Verband oder einem ähnlichen Verein anzugehören. Wir wünschen mit Leuten zu arbeiten, die ihr Wort halten, und werden auf das Entschiedenste demjenigen kündigen, von welchem wir wissen, daß er dem Verband angehört. Wenn wir bei solchem schlechtesten Geschäftsgang weder Löhne abziehen, noch eine Wanne lösen, verlangen wir mit vollem Recht, daß unsere Arbeiter die von uns ihnen entgegengebrachte Haltung anerkennen und nicht gegen unsere Wünsche trotzen; unsere Wünsche sind die besten der Glasindustrie und unserer Glasmacher.

Ans dem Ufas klingt der ganze Hochmuth eines Industriepredikanten heraus. Die Kämpfe der Glasarbeiter in Gerresheim um ihre Organisation sind noch in aller Einnahme.

**Die Sozialdemokratie in Thüringen.** Anlässlich des großen Sieges unserer Parteigenossen in Schwarzburg-Rudolstadt schreibt unser Saalfelder Bruderorgan über die Sozialdemokratie in Thüringen: Wenn man jetzt die Landkarte Thüringens ansieht, so ist es ein großer, zusammenhängender, wenn auch durch Grenzpfähle getrennter

Komplex, der in den verschiedenen Landtagen sozialdemokratisch vertreten ist. Von Süden nach Nordwesten gehend, sehen wir als Spitze einen Koburger Kreis, daran anschließend den ganzen Landratsamtsbezirk Sonneberg mit vier Kreisen, alsdann den Landratsamtsbezirk Königsee mit ebenfalls vier Kreisen, den weimarschen Kreis Ilmenau und endlich die neun gothaischen Kreise. Und oben und unten, rechts und links winteln noch die vielen sozialdemokratischen Enklaven. Die Sozialdemokratie kann mit Befriedigung auf ihre Erfolge zurückschauen, sieh jetzt in Thüringen doch im Ganzen 33 sozialdemokratische Abgeordnete in den verschiedenen Landtagen.

**Das Münchener Parteitag-Protokoll** ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Das Protokoll enthält im Anhang auch den Bericht über die Frauenkonferenz in München. Der Preis ist wie im Vorjahre 60 Pf., gebunden 90 Pf., Porto bei Einzelbezug a 20 Pf. Die Verhandlungen des Parteitages über die Arbeiterversicherung, die Kommunalpolitik, das Referat Welts über die bevorstehende Reichstagswahl, die Debatte über die „Neue Zeit“ sind von besonderer Bedeutung für die Parteigeschichte. Der im Protokoll enthaltene ausführliche Thätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion ist in diesem Jahre für die Agitation nicht zu entbehren, da der Bericht Auskunft über alle Fragen giebt, die den Reichstag im letzten Jahre beschäftigt haben. Ein Sprecheregister sowie ein ausführliches Sachregister erleichtern das Nachschlagen der einzelnen Verhandlungen. Jeder Parteigenosse sollte sich daher das Protokoll anschaffen. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung, die Expeditionen unserer Parteizeitungen sowie der Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, entgegen. Die Bestellungen werden in der Reihenfolge des Eingangs erledigt.

### Aus Magd und Bern.

**Gegen die Soldatenmißhandlungen.** Anlässlich der Rekruteneinstellung sind im Verlaufe der letzten Woche die Unteroffiziere und Ausbildungsmannschaften erneut mit der kaiserlichen Ordre vertraut gemacht worden, welche die Mißhandlung der Soldaten verbietet. Es wurde hinzugefügt, daß auf Grund der kaiserlichen Anweisung jeder geringste Verstoß gegen die ordnungsmäßige und pflichtgemäße Behandlung von Rekruten zur Bestrafung weiter gemeldet werden würde. Ganz neu ist der Hinweis an die Kameraden-Unteroffiziere, beim Verpassen der Helme ja recht vorsichtig zu sein und die Helme nicht aus „Schmerz“ den Rekruten mit Wucht aufzusetzen. Hierdurch seien öfter die Leute ernstlich kopfschmerzhaft geworden, was immer eine schwere Bestrafung des Unteroffiziers nach sich ziehen mußte. Mit den wegen Mißhandlung bestraften Unteroffizieren soll in Zukunft nur ganz ausnahmsweise weiter kapituliert werden. Die vielfach recht milden Bestrafungen für Mißhandlungen sind leider wenig geeignet, dieser unerwünschten Ordre den erwünschten Nachdruck zu geben.

**Schutz vor Schnitzleuten.** Vor der Bochumer Strafkammer hatte sich am Mittwoch der Polizeifergeant Hermann Burgsmüller aus Watterscheid wegen Verbrechen im Amte zu verantworten. Die Anklage legte ihm zur Last, am 10. April 1901 den Zimmerbauer Bönning korpelich schwer mißhandelt zu haben. Bönning kam am genannten Tage mit einem Kameraden aus einer Wirtshaus. Sie unterhielten sich scherzhaft und lachten dabei, waren aber völlig nüchtern. Da stürzte auf einmal der Angeklagte auf die Weiden zu mit den Worten: „Ihr seid ja besoffen, ihr Schweine!“ und schlug den Bönning mehrfach mit der Faust ins Gesicht, daß dieser zu Boden stürzte, worauf er ihn noch mit Füßen trat. Der junge Mann eilte nach Hause. Jedoch verfolgte ihn der Angeklagte und mißhandelte ihn in der Hausflur weiter. Sogar bis in die erste Etage Wohnung verfolgte ihn die Bestie von Schnitzmann, um ihn im Zimmer wie einen Ballon hin und her zu werfen. Als er sich auf die hinter dem Tische stehende Bank setzte, sagte ihn der Angeklagte und rief ihm fortgesetzt mit dem Kopfe auf die Lehne. Um ihn zu schätzen, hielt die Mutter die Hand vor. Die Stöße waren mit solcher Wucht ausgeführt worden, daß die Hand wochenlang did angeschwollen war. Der Angeklagte war vor einiger Zeit wegen ähnlicher Dinge mit 6 Monaten Gefängniß bestraft und beantragte der Staatsanwalt des-

halb 1 Jahr Gefängniß. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängniß. — In der ebenfalls bei Bochum liegenden Stadt Gelsenkirchen mißhandelte der Schutzmann Grinecki einen Bergmann, der jetzt infolge der Mißhandlung im Krankenhaus verstorben ist. Der Staatsanwalt ordnete, nachdem umfangreiche Vernehmungen stattgefunden haben, die Verhaftung des schlagfertigen Schutzmannes an.

**Ein ausgewiesener Musikschriftsteller.** In einer Veranstaltung des Vereins zur Förderung der Kunst in Berlin am Mittwoch Abend theilte der Vorsitzende mit, ein von einem russisch-deutschen Musikschriftsteller Nikolaus Bernstein zugesagter Vortrag: „Die Analogie in den Liedern der Russen“ könne von diesem Herrn nicht gehalten werden. Herr Bernstein aus Petersburg sei nämlich von der Berliner Polizei ausgewiesen worden und vorläufig nach Hamburg gegangen. Aber auch dort sei seines Bleibens nicht. Er, der Vereinsvorsitzende, habe dieser Lage Gelegenheit gehabt, in Hamburg Herrn Bernstein zu sprechen und sich, wenn auch vergeblich, für ihn zu verwenden. Der ausländische Musikschriftsteller sei dort zur Polizei zitiert worden, und auf dem Stadthause habe man ihm Folgendes gesagt: „Sie sind zwar in jeder Beziehung unbescholten und wir haben von der Berliner Polizei mit dem besten Willen nicht erfahren können, warum man die Maßregel über Sie und Ihre Existenz verfügt hat. Weder sind Sie in Ihrer Heimat oder gar in Berlin politisch hervorgetreten, noch haben Sie irgend eine Unehrenhaftigkeit oder sonst etwas begangen, was auch nur im geringsten die Ausweisung rechtfertigen könnte. Aber Sie sind nun einmal von dem harten Geschick betroffen worden, als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen zu werden, nach deutschem Recht ist keine Begründung dieser Maßregel notwendig und da das für uns Unbegreifliche in Berlin geschehen ist, sind wir in Hamburg nicht in der Lage, es wieder gut zu machen. Im Gegentheil muß ihnen eröffnet werden, daß sie gemäß einem Vertragsverhältnis, das zwischen den deutschen Bundesstaaten besteht, auch aus Hamburg ausgewiesen sind und sich der Hoffnung entschlagen müssen, in irgend einem anderen Bundesstaat unbescholten zu bleiben.“ Als ein Gerücht wurde, nach dem „Vorwärts“, von dem Herrn die Mittheilung bekannt gegeben, daß zwanzig Berliner Musikkritiker, die auf Herrn Nikolaus Bernstein nicht gut zu sprechen seien, ihren Namen unter ein an das Polizeipräsidium gerichtetes Schriftstück gesetzt hätten, in welchem die Ausweisung dieses ausländischen Kollegen befürwortet wurde. Es bleibt abzuwarten, was die Berliner Musikkritiker auf diese ungeheuerliche Anschuldbildung zu sagen haben.

**Eine Fahrt auf dem Buffer.** In der Nacht zum Donnerstag hat der Arbeiter Michael Bloch aus Gogolowa eine unheimliche Fahrt von Magdeburg nach Braunschweig gemacht. Da er kein Geld mehr hatte, um sich eine Fahrkarte zu lösen, setzte er sich heimlich auf einen Buffer des 11 Uhr 34 Min. von Magdeburg abgehenden Zuges und machte auf diesem gefährlichen Sitze die Fahrt mit. Auf dem Bahnhof in Braunschweig wurde er aber angehalten und der Polizei übergeben.

### Literarisches.

Von der durch die „Buchhandlung Vorwärts“ in Wochenheften zu 10 Pf. herausgegebenen illustrierten Romanbibliothek „In Freien Stunden“ liegen jetzt Heft 39 und 40 vor. Der mit prächtigen, für den Inhalt charakteristischen Zeichnungen geschmückte Roman „Die drei Musketeiere“ von Alexander Dumas hat bei dem Leserkreis reichen Beifall gefunden, so daß wir wiederholt unsere Leser auf diese Romanbibliothek aufmerksam machen, die zur Verdrängung der leider auch in Arbeiterkreisen noch vielfach verbreiteten Schundroman-Literatur bestimmt ist. Jede Buchhandlung und jeder Kolporteur nimmt Bestellungen entgegen.

### Sternschau-Biehmarkt.

Hamburg, 25. Oktober.

Der Schweinehandel verlief etwas lebhafter wie die letzten Tage.

Zugeführt wurden 1160 Stück. Preis: Sengschweine — Mt., Verlandschweine, schwere 61—63 Mt., leichte 60—61 Mt., Sauen 51—59 Mt. und Ferkel 57—59 Mt. pro 100 Pfund.

Mutter, Hugh Carroll mit Kanon. Er war einer von den Pächtern eines gewissen O'Connor.

Der Alte hatte hoch aufgehört. „Hugh Carroll — ja freilich! Und ich habe ihn gut gekannt, denn einer von O'Connors Pächtern war auch ich.“

„Wahrhaftig? — Wie ist die Welt doch so klein! Aber wie war's doch mit dem O'Connor? Wurde er nicht von einigen waderen Hibernern um die Ecke gebracht?“

Das dunkelhaarige, energische Antlitz des Alten hatte sich in düstere Falten gelegt. „Er wurde gerichtet“, ergänzte er mit einem Ausdruck tiefen, feierlichen Graues. „Und er hatte es verdient. Aber es war bei alledem doch schade um ihn. Ich habe ihn als meinen Feind geschätzt, aber hätten wir ihn auch unserer Seite gehabt, so würde ich nicht ansetzen zu sagen: er war ein waderer Mann.“

„Man hat mir erzählt, daß mein Verwandter Hugh Carroll unter denen gewesen sei, die beantragt worden waren, ihn zu tödnen.“

Michael Lawler fröhlich seinen ganzen Bart mit aufwarfte nicht langsam. Erst nach Verlauf einer gewissen Zeit sagte er: „Mag sein, daß er unter ihnen gewesen ist; aber es was ebensowohl sein, daß er's nicht war. Ehrlich gesprochen, Kamerad: dies ist eine Sache, von der ich nicht gerne rede. Es hat ja jeder seine sateliten Erinnerungen, und diese da — es, vielleicht werden Sie mich wohl schon verzeihen.“

Dougherty nickte, aber als in diesem Augenblicke John, der Aufwärter, auf Pat Monaghan's Witz Witz machte, ihm sein Glas von neuem zu füllen, hinderte er ihn daran durch eine abweisende Bewegung.

„Rein, mein Junge! Für diesmal ist's genug, und morgen ist auch noch ein Tag. Ich will auf mein Zimmer gehen; denn ich bin rechtshafte müde.“

Er schüttelte Michael Lawler die Hand, grüßte die

anderen, die noch keine Neigung zur Beendigung ihres Hochgelages zu spüren schienen, und folgte dem mit einer Kerze voranzuleuchtenden Burthen über die steile, knarrende Treppe in das erste Stockwerk hinauf.

„Da ist Ihre Kammer“, sagte der Aufwärter, mit der entzückten Hand eine Thür bezeichnend. „Ich werde Ihnen das Licht hier lassen. Gute Nacht!“

Er schloß auf seinen ausgebreiteten Pantoffeln langsam wieder die Treppe hinauf; Henry Dougherty aber hatte noch kaum Zeit gehabt, sich in seiner neuen Wohnung, einem überaus einfach ausgestatteten, schmalen und niedrigen Gemache, umzusehen, als von draußen leise an seine Thür klopfte wurde. Er rief nicht „Herein!“ sondern ging schnell hin, um zu öffnen, und es schien keine allzugroße Ueberraschung für ihn zu bedeuten, als er jetzt Daish vor sich stehen sah.

„Ich habe große Angst Ihre wegen ausgestanden“, sagte sie mit gedämpfter Stimme, aber mit vorwurfsvollem, fast zornigen Ausdruck. „Hätte ich Ihnen nicht ans Herz gelegt, sich jetzt ruhig zurückzuziehen, wenn Sie etwa genöthigt worden wären, sich der Woche und Zeichen zu bedienen, die ich Ihnen angegeben habe? Statt dessen hatten Sie die Dreißigkeit, sich in eine Unterhandlung mit Lawler einzulassen. Lassen Sie es nicht! Ich stand hinter der Thür und habe alles gesehen.“

„Warum sollte ich es leugnen, Miß Daish?“ gab er ruhig zurück. „Lawler ist, wie mich dünkt, kein übler Gesellschaftler und ein Mann von gutem Namen.“

„Aber seine guten Namen werden ihn nicht hindern haben, Ihnen eine Rassel in den Leib zu jagen, wenn er dahinter gekommen wäre, daß — aber was hilft es, viel davon zu reden! Ich kann hier natürlich nicht Handlung mit Ihnen plaudern, und ich habe nur auf Sie gewartet, um Ihnen zu sagen, daß Sie unbedingt wieder

von hier fort müssen, und zwar so bald als möglich — gleich morgen früh.“

„So schnell? Ah, das kann nicht Ihr Ernst sein, Daish! Was habe ich Ihnen gethan, daß Sie mir einen so grausamen Befehl erteilen wollen?“

Sie schüttelte unwillig den dunklen Kopf. „Ich habe Ihnen nichts zu befehlen, und es kommt nicht darauf an, ob Sie mir etwas gethan haben oder nicht — lassen Sie doch diese abgeschmackten Nebenarten! Sie müssen fort, weil Sie hier keine Stunde mehr Ihres Lebens sicher sein würden. Das ist der Grund!“

„Und warum denn sollte mein Leben hier mehr gefährdet sein, als an irgend einem anderen Orte in den Staaten?“

„Weil Sie sich Kerrigan zum Todfeinde gemacht haben, und weil er der letzte wäre, auf seine Rache zu verzichten.“

„O, Sie thun ihm unrecht. Er ist ja, wie es scheint, ein etwas widerhaariger Gefelle; aber die kleine Meinungsverschiedenheit zwischen uns ist bereits vergessen. Er selbst hat mir die Hand zur Versöhnung gereicht.“

Das Mädchen lachte spöttisch auf. „Ich möchte wohl, daß Sie ihn hätten ins Herz sehen können, als er es that. Er konnte ja nicht anders, denn heute würde er sofort alle gegen sich gehabt haben, wenn er Ihnen ein Leid zugefügt hätte. Aber das war heute! Schon morgen wird sich vielleicht keine Hand mehr zu Ihrem Beistand rühren, wenn er Ihnen von Neuem zu Liebe geht.“

„Nun, ich möchte es darauf ankommen lassen. Es ist nicht gerade meine Gewohnheit, mich auf fremden Beistand zu verlassen, und am Ende bin ich schon mit gefährlicheren Burthen fertig geworden, als es dieser Kerrigan ist.“

Sie sah ihn an, und es war ganz unverkennbar etwas von Bewunderung in dem Blicke ihrer dunklen Augen. (Fortsetzung folgt.)